



tbb
beamtenbund
und tarifunion
thüringen

tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. – Schmidtstedter Str. 9 – 99084 Erfurt

Per E-Mail

Thüringer Finanzministerium

Ludwig-Erhard-Ring 7
99099 Erfurt

Spitzenorganisation der Fachgewerkschaften
und -verbände des öffentlichen
Dienstes

Schmidtstedter Str. 9
D-99084 Erfurt



Aktenzeichen

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom
4. Mai 2021

Datum
10. Juni 2021

Entwurf eines Thüringer Gesetzes zur Gewährung einer verfassungsgemäßen Alimentation

Schriftliche Stellungnahme nach § 95 ThürBG

Sehr geehrter Herr

der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen e.V. bedankt sich für die Möglichkeit zur schriftlichen Stellungnahme.

Der tbb begrüßt, dass der Freistaat Thüringen mit dem vorgelegten Gesetzentwurf anerkennt, dass die zu zwei Landesbesoldungsrechten ergangenen Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes (BVerfG) auch Wirkungen für das Thüringer Besoldungsrecht entfalten, die es gilt, schnellstmöglich umzusetzen.

Auch will der tbb anerkennen, dass der Freistaat Thüringen mit der zügigen Umsetzung in diesem komplexen und gleichzeitig wichtigen Bereich zeigt, dass er im Besoldungsrecht auch kurzfristig kompetent, zielorientiert und sachgerecht gestalten kann.

So beinhaltet die zeitnahe Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes eine vom tbb erhobene Forderung – und entbindet die Beamtinnen und Beamten Thüringens zumindest in den Jahren 2020 und 2021 davon, die ihnen aus der Verfassung zustehenden Ansprüche auf Gewährung einer amtsangemessenen Alimentation erneut im Wege des Widerspruchs gegenüber ihrem Dienstherrn geltend machen zu müssen.

Die grundsätzlich positiv zu bewertende Streichung der Erfahrungsstufe 1 der Grundbesoldung der Gruppen A 6 und A 7 des mittleren Dienstes sieht der tbb aber nicht nur als Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. Angesichts der ständig steigenden Lebenshaltungskosten und der Aufrechterhaltung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes ist dies ein zwingender und richtiger Schritt für die dringend notwendige Nachwuchsgewinnung in den nächsten Jahren. Es muss für den Dienstherrn Thüringen eine

Selbstverständlichkeit sein, dass er seine Beamtinnen und Beamten so alimentiert, dass sie sich mehr leisten können als diejenigen, die Leistungen der sozialen Grundsicherung erhalten. Im Übrigen halten wir es für geboten, die „fehlende“ Erfahrungsstufe am Ende der Tabelle wieder zu ergänzen.

Das dafür gewählte Mittel der massiven Anhebung der familienbezogenen Besoldungsbestandteile (Kinderzuschlag) erscheint uns jedoch nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Der tbb lehnt den gewählten Weg – Umsetzung der Entscheidung zur sog. Grundbesoldung durch die alleinige **Anhebung der Kinderzuschläge für das 1. und 2. Kind ab**. Richtiges Mittel wäre es gewesen, vorab die Grundbesoldung in Gänze anzuheben. Dabei wären alle Beamtinnen und Beamten einzubeziehen, die faktisch von höheren Lebenshaltungskosten betroffen sind.

Über den Gesetzentwurf hinaus sind strukturelle Verbesserungen einschließlich einer Wiedereinführung bzw. Reaktivierung der Wohnungsfürsorge sowie eine generelle Attraktivitätssteigerung, insbesondere durch verbesserte bzw. vereinfachte Aufstiegsmöglichkeiten (verbesserte vertikale Laufbahndurchlässigkeit) notwendig.

Auch hält es der tbb für geboten, dass der Dienstherr seiner verfassungsrechtlich gebotenen Beobachtungspflicht sorgfältiger als in den letzten Jahren nachkommt, um eine erneute verfassungswidrige Besoldung mit zahlreichen haushaltsnahen Widersprüchen und ggf. Klagen zu vermeiden und den Beamtinnen und Beamten auch tatsächlich die Leistungen zukommen zu lassen, die ihnen für die von Ihnen erbrachte Aufgaben tatsächlich und rechtlich zusteht.

Die Anhebung der Kinderzuschläge ab dem 3. Kind betrachten wir in Umsetzung in Bezug auf das Urteil des BVerfG zu kinderreichen Familien als richtig und stimmen dem zu.

Hintergrundinformationen (weiter zum Gesetz auf Seite 5)

Hintergrund des Gesetzentwurfs

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 4. Mai 2020 zwei Beschlüsse veröffentlicht, die verbindliche Vorgaben für eine verfassungsfeste Alimentation beinhalten. Mit dem vom Thüringer Finanzministerium nun vorgelegten Gesetzentwurf sollen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) in zwei Beschlüssen zum Alimentsprinzip (Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz – Beschlüsse vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 und 2 BvL 6/17 u. a.) umgesetzt werden.

Der erste Beschluss (Beschluss 2 BvL4/18) erging zur Besoldung der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Besoldungsgruppen R 1 und R 2 in den Jahren 2009 bis 2015 sowie der Besoldungsgruppe R 3 im Jahr 2015 in Berlin.

Im zweiten Beschluss (Beschluss 2 BvL 6/17) stellte das BVerfG fest, dass die Besoldungsvorschriften des Landes Nordrhein-Westfalen, die in den Jahren 2013 bis 2015 die Alimentation von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten der Besoldungsgruppe R 2 regeln, mit Artikel 33 Abs. 5 GG insoweit unvereinbar waren, als es der Gesetzgeber unterlassen hat, die kinderbezogenen Gehaltsbestandteile bei Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten mit drei Kindern (für das Jahr

2013) beziehungsweise mit vier Kindern (für die Jahre 2014 und 2015) in einer dem Grundsatz der amtsangemessenen Alimentation entsprechenden Höhe festzusetzen.

Das BVerfG prüft die Untergrenze der Besoldung seit einer Entscheidung im Jahr 2015 anhand von rechnerischen Schwellenwerten, deren Unterschreitung Indiz für einen Verfassungsverstoß ist. Mit der neuen Entscheidung aus Mai 2020 hat das BVerfG die Maßstäbe konkretisiert. Wird in der untersten Besoldungsgruppe ein Mindestabstand zur Grundsicherung („Hartz-IV“) nicht eingehalten, wird die unzureichende Besoldung auch für die anderen Besoldungsgruppen vermutet (*Mindestabstandsgebot*). Der Mindestabstand wird unterschritten, wenn die Besoldung der untersten Besoldungsgruppe – in Berlin war das die A4 (in Thüringen A 6) – weniger als 15 % über dem Grundsicherungsniveau einer vierköpfigen Familie liegt. Für andere Besoldungsgruppen liegt darüber hinaus eine starke Vermutung für eine unzureichende Alimentation vor, wenn der Abstand zur untersten Besoldungsgruppe um mindestens 10 % in den zurückliegenden fünf Jahren abgeschmolzen wird (*Abstandsgebot*).

Ob die Bezüge evident unzureichend sind, muss nach den Beschlüssen des BVerfG anhand einer Gesamtschau verschiedener Kriterien geprüft werden. Dies erfolgt in mehreren Schritten: Auf der *ersten Prüfungsstufe* wird mit Hilfe von fünf Parametern ein Orientierungsrahmen für eine grundsätzlich verfassungsgemäße Ausgestaltung der Alimentationsstruktur und des Alimentationsniveaus ermittelt (*Vergleich der Besoldungsentwicklung mit der Entwicklung der Tarifentlohnung im öffentlichen Dienst, des Nominallohnindex sowie des Verbraucherpreisindex, systeminterner Besoldungsvergleich und Quervergleich mit der Besoldung des Bundes und anderer Länder*). Beim systeminternen Besoldungsvergleich ist neben der Veränderung der Abstände zu anderen Besoldungsgruppen in den Blick zu nehmen, ob in der untersten Besoldungsgruppe der gebotene Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau eingehalten ist. Ein Verstoß hiergegen betrifft insofern das gesamte Besoldungsgefüge, als sich der vom Gesetzgeber selbst gesetzte Ausgangspunkt für die Besoldungsstaffelung als fehlerhaft erweist.

Auf der *zweiten Prüfungsstufe* sind die Ergebnisse der ersten Stufe mit den weiteren alimentations-relevanten Kriterien im Rahmen einer *Gesamtabwägung* zusammenzuführen. Werden mindestens drei Parameter der ersten Prüfungsstufe erfüllt, besteht die Vermutung einer verfassungswidrigen Unteralimentation.

Das Bundesverfassungsgericht prüfte die im Beschluss von Mai 2020 gegenständliche Berliner Besoldung anhand dieser fünf Parametern. Diese Parameter wurden von tbb und TFM auch in Thüringen angelegt.

Der tbb sieht mindestens 3 Parameter (Parameter 1 [Entwicklung Tariflöhne], 2 [Entwicklung Nominallohnindex] und 4 [systeminterner Besoldungsvergleich]) als verletzt an. Die Überprüfung des 3. Parameters [Entwicklung Verbraucherpreisindex] zeigt nach unseren Berechnungen eine deutliche Abkopplung der Besoldungsentwicklung gegenüber der Entwicklung der Reallöhne.

Die festgestellte Verletzung des Abstandsgebotes der untersten Besoldung A 6 zur sozialen Grundsicherung wirkt sich dabei besonders gravierend aus. Mit diesem Verstoß steht nach Auffassung des tbb das gesamte Besoldungsgefüge in Frage, da der Ausgangspunkt für die ab A 6 folgende Besoldungsstaffelung bis hin zur R-Besoldung her fehlerhaft ist.

Auch die Überprüfung des Finanzministeriums anhand der vom BVerfG vorgegebenen Parameter ergab, dass in Thüringen die Besoldungsgruppen A6 bis A9 nicht den nötigen Abstand zur Grundsicherung aufweisen und das bereits seit 2008, d.h. nunmehr 12 Jahren. Darüber hinaus sieht das TFM 2 Parameter als verletzt an.

Die daraus ableitbare zwingende Erhöhung der Besoldung jedenfalls der untersten Besoldungsgruppe muss sich dabei nach der Auffassung des BVerfG nicht linear auf die Erhöhung der anderen Besoldungsgruppen auswirken. Denn auch für die Neujustierung der Besoldung hat das BVerfG dem Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum zugestanden. Jedoch hat BVerfG klargestellt, dass der Gesetzgeber eine angemessene und nicht nur eine „gerade so“ nicht evident unzureichende Besoldung schuldet. Rückwirkende Besoldungsnachzahlungen müssen eine – deutlich über der Untergrenze liegende – angemessene Höhe erreichen. Im Ergebnis hat eine Gesamtabwägung zu erfolgen.

Hintergrund - im Gesetzentwurf vorgesehene Änderungen

Der nunmehr vom TFM vorgelegte Gesetzentwurf soll dazu führen, dass die seit 2008 in Thüringen in den unteren Besoldungsgruppen bis hin zum Eingangsamt des gehobenen Dienstes nicht mehr verfassungsgemäß ausgestaltete Besoldung wieder den Vorgaben entspricht.

Dazu soll nach dem Inhalt des vorliegenden Gesetzentwurfs an der Besoldung folgende Änderungen vorgenommen werden:

- in den Besoldungsgruppen A 6 und A 7 soll ab 1. Januar 2020 das Grundgehalt aus der zweiten Erfahrungsstufe gewährt werden,
- der kinderbezogene Familienzuschlag soll wie folgt erhöht werden:

kinderbezogener Familienzuschlag für das	Rückwirkende Erhöhung für das Jahr 2020		Erhöhung ab 1. Januar 2021	
	um	auf	um	auf
erste Kind	75,00 Euro	209,41 Euro	75,00 Euro	211,29 Euro
zweite Kind	254,38 Euro	388,79 Euro	267,45 Euro	403,74 Euro
dritte Kind	310,00 Euro	715,30 Euro	307,00 Euro	717,97 Euro
vierte und weitere Kinder	292,00 Euro	697,30 Euro	285,00 Euro	695,97 Euro

- ausschließlich für Beamt*innen mit anhängiger Klagen und Widersprüchen soll es Rückzahlungen für die Jahre 2008 bis 2019 geben.

Außerhalb des Gesetzentwurfs hat das TFM darüber hinaus angekündigt, in einem weiteren Schritt im nächsten Jahr das Besoldungsgefüge zu evaluieren, indem die aufkommensneutrale Anhebung der Grundgehaltssätze geprüft wird.

Kurzdarstellung der Position des tbb

- 1) Der tbb hat für sich die bisherigen Ergebnisse aus dem Urteil des BVerfG wie folgt zusammengefasst:
 - Konkret hat es der Thüringer Gesetzgeber Land **seit 2008** versäumt, seiner gesetzlichen Verpflichtung nachzukommen und eine Besoldung zu gewähren, die in allen Fällen zumindest einen ausreichenden Abstand zur Grundsicherung ausweist. Der Verstoß ist auch nicht geringfügig, sondern verletzt den Abstand zu Grundsicherung in der Spitze um rund 20%. Es ist mit der aktuellen Rechtsprechung des BVerfG – mit der überall geltenden Anordnung des Artikel 33 Abs. 5 GG – eben nicht unbeachtlich, dass in Folge von ständig steigenden Lebenshaltungskosten alle Beamtinnen und Beamten in ähnlicher Weise betroffen sind.
 - Es ist in der Thüringer Besoldungsordnung A in mehr als einem Drittel der Besoldungsgruppen der **Abstand zur Grundsicherung nicht eingehalten**.
 - Seit 2015 ist zudem das Abstandsgebot der Besoldungsgruppen des mittleren Dienstes (mD), des gehobenen Dienstes (gD) sowie des höheren Dienstes (hD) zur untersten Besoldungsgruppe (bis 2015 der einfache Dienst eD) **deutlich verletzt**.
 - Zudem besteht in Thüringen eine deutliche Abweichung der Besoldungsentwicklung von der Entwicklung des Nominallohnindex als ein weiteres Indiz für eine evidente Missachtung des Alimentationsgebotes. Im Ergebnis zeigt sich, dass für alle Besoldungsgruppen in allen Zeiträumen der Wert den das BVerfG als Grenze definiert in Höhe von 5 % **deutlich überschritten** wird (grau hinterlegt).

Das nun zu erlassende „Reparaturgesetz“ muss nach den Vorgaben des BVerfG eine amtsangemessene und nicht nur eine „gerade so“ nicht evident unzureichende Alimentation gewährleisten. Es gebietet der Respekt vor dem Verfassungsorgan, nicht erneut in einen Wettbewerb um das dichteste Erreichen der Besoldungsuntergrenze einzutreten.

- 2) Daraus folgenden vertritt der tbb zusammenfassend folgende 8 Positionen:

1. Um dieses gesetzliche Versäumnis auszugleichen, wäre aus Sicht des tbb die generelle Anhebung der Grundgehaltssätze der richtige da verfassungsrechtlich nötige Ansatzpunkt. Damit wäre für alle Beamtinnen und Beamten ein klares und richtiges Signal gesetzt, dass ihr Dienstherr sie zukünftig amtsangemessen besoldet.

Dabei sind die Grundgehaltssätze der Besoldungsgruppe A 6 (rückwirkend) so anzupassen, dass der verfassungsrechtlich gebotene Mindestabstand zum Grundsicherungsniveau eingehalten wird. Alle übrigen Besoldungsgruppen sind (rückwirkend) mindestens um solche Prozentbeträge zu erhöhen, dass keiner der vom Verfassungsgericht herangezogenen Parameter unterschritten wird (hier: Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen).

Das BVerfG selbst führte in seinem Beschluss (2 BvL 4/18 Rn. 49) aus: „Ob eine zur Behebung eines Verstoßes gegen das Mindestabstandsgebot erforderliche Neustrukturierung des Besoldungsgefüges zu einer Erhöhung der Grundgehaltssätze einer höheren Besoldungsgruppe führt, lässt sich daher nicht mit der für die Annahme eines

Verfassungsverstöße erforderlichen Gewissheit feststellen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist umso größer, je näher die zur Prüfung gestellte Besoldungsgruppe selbst an der Grenze zur Mindestbesoldung liegt. Je deutlicher der Verstoß ausfällt und je mehr Besoldungsgruppen hinter dem Mindestabstandsgebot zurück bleiben, desto eher ist damit zu rechnen, dass es zu einer spürbaren Anhebung des gesamten Besoldungsniveaus kommen muss, um die gebotenen Abstände zwischen den Besoldungsgruppen wahren zu können.

Wie das Thüringer Finanzministerium ausführt, sind die Besoldungsgruppen A6, A7, A8 und A9 betroffen, die nicht nur an der Grenze zur Grundsicherung liegen, sondern diese teilweise deutlich unterschreiten.

2. Der vorgelegte Gesetzentwurf vermag es nicht, die Verletzung des Abstandsgebots der Besoldungsgruppen im Verhältnis zur unteren Besoldungsgruppe zu beseitigen.

Eine Überprüfung der Abstände der Besoldungsgruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes sowie der Besoldungsordnungen B, R und W zur jeweils untersten Besoldung ergibt eine fast durchgehende Verletzung des notwendigen Abstands von mehr als 5% innerhalb eines 5 Jahres Zeitraumes bis zum Jahr 2020. Dies ist maßgeblich auf die Abschaffung des einfachen Dienstes zurückzuführen, die sich in der Besoldung ab September 2015 auswirkt. So hat sich der Abstand des Endgrundgehaltes im Verhältnis zum Endgrundgehalt der jeweils untersten Besoldungsgruppe im Betrachtungszeitraum 2011-2016 im Minimum um 13,75% in der Spitze um 49,00% verändert. Vergleichbare Werte gab es im Betrachtungszeitraum 2015 bis 2020.

Zulässig wäre nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts eine Veränderung innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren um nicht mehr als 10% (vgl. BVerfGE 139, 64 <118 Rn. 112>; 140, 240 <286 Rn. 92>).

Die sachlich nicht zu rechtfertigende deutliche Erhöhung des Familienzuschlags zu Ungunsten der verfassungsrechtlich nötigen Erhöhung der Grundbesoldung führt zudem zu einer Vertiefung der Verletzung des verfassungsrechtlich garantieren Abstandsgebots (Art. 33 Abs. 5 GG) der Besoldungsgruppen untereinander.

3. Die im Gesetzentwurf vorgesehene massive Anhebung der kinderbezogenen Besoldungsbestandteile (Familienzuschlag) für das erste und zweite Kind führt dahin, dass sich der Charakter der Familien"zuschlags" im Verhältnis zur Grundbesoldung sich hin zu einer Nebenbesoldung entwickelt und damit nicht mehr dem vom BVerfG entwickelten Vorstellungen zum Charakter des Familienzuschlags als „die Grundbesoldung ergänzend“ entspräche.

So würde der Familienzuschlag im Verhältnis zur Gesamtbruttobesoldung in der A6 Stufe 9 auf 21% (bislang 13%), in A9 Stufe 11 auf 17% (11%) und A13 Stufe 12 auf 12% (7%) steigen. Übersetzt heißt dies, dass für die unterste Besoldungsgruppe A 6 die familienbezogenen Besoldungsbestandteile mehr als ein Fünftel der Gesamtbesoldung ausmachen. Das BVerfG geht jedoch von einem Bild der vierköpfigen Beamtenfamilie aus, wonach der Kindesunterhalt für das erste und zweite Kind *„ganz überwiegend aus den allgemeinen, d. h. „familienneutralen“ und insoweit auch ausreichenden Gehaltsbestandteilen bestritten werden kann und die kinderbezogenen Gehaltsbestandteile ergänzend hinzutreten (BVerfGE 44, 249 Rn. 65)“*.

4. Die übermäßige Betonung eines Besoldungselements, welches nahezu ausschließlich an die Kinderzahl anknüpft, ist insbesondere auch deshalb nicht der richtige Weg, da es Alleinstehende ganz und Verheiratete in der weit überwiegenden Anzahl der Fälle ausschließt.

Kinderlose, gleichgeschlechtlich Lebende und zusammenfassend Adoptionswillige wären hiervon ungleich härter betroffen. Durch die Überbetonung der kinderbezogenen Elemente wäre ihr Einkommen überproportional niedrig. Letztlich wäre dies geeignet, sich auf die Lebensführung und die Frage einer Familiengründung auszuwirken. Der Beamte sollte nach dem Grundsatzgedanken der amtsangemessenen Alimentation jedoch nicht in seiner Entscheidung zur Familiengründung von seiner Besoldung abhängig sein. In diesem Sinne hebt das BVerfG direktiv hervor (Beschluss vom 22.03.1990 - 2 BvL 1/86 Rn. 56): *„Dem lag die Annahme zugrunde, der Besoldungsgesetzgeber habe das Beamtengehalt in seinen familienneutralen Bestandteilen von vornherein grundsätzlich so bemessen, dass -- vor allem auch im Blick darauf, dass der Beurteilung der Amtsangemessenheit das Nettoeinkommen des Beamten zugrunde zu legen ist -- überwiegend davon eine bis zu vierköpfige Familie amtsangemessen unterhalten werden kann. Diese Entscheidung des Gesetzgebers ist von Verfassungswegen nicht zu beanstanden, mag sie auch zur Folge haben, dass der (noch) unverheiratete und der verheiratete (noch) kinderlose Beamte sich auf diese Weise regelmäßig einen -- teils deutlich großzügigeren Lebenszuschnitt leisten können als der Beamte mit einem oder mit zwei Kindern; denn diejenigen Zuschläge, einschließlich des Kindergeldes, um die sich die Bezüge des Beamten beim ersten und zweiten Kind erhöhen, sind nicht geeignet, den zusätzlichen Bedarf, der der Beamtenfamilie beim ersten und zweiten Kind erwächst, auch nur annähernd auszugleichen.“*

„Die Bezüge sind so zu bemessen, dass Beamte der gleichen Besoldungsstufe sich in der Lebenswirklichkeit ohne Rücksicht auf die Größe der Familie annähernd das Gleiche leisten können muss (vgl. BVerfGE 44, 249, 267; 81, 363, 376).“

5. Für kinderreiche Beamtenfamilien drohen Versorgungsengpässe.

Familienzuschläge, insbesondere Kinderzuschläge, sind nicht versorgungsrelevant (d.h. sie werden nicht für die Berechnung der Versorgung einbezogen). Gerade kinderreiche Familien haben durch Kindererziehungszeiten und der überdurchschnittlich hohen Teilzeitquoten unter ihnen mit großen Engpässen in der Versorgung zu rechnen. Eine Argumentation in der Gesetzesbegründung war jedoch, Familien mit Kindern zu helfen.

6. Um die Besoldung verfassungsgerecht auszugestalten, dürfen nicht vor allem fiskalische Gesichtspunkte und das Bemühen, Ausgaben zu sparen, im Mittelpunkt stehen. Das TFM hat mit der Entscheidung, die Familienzuschläge anzuhängen jedoch die offensichtlich kostengünstigste und nicht die verfassungsrechtlich gebotene Lösung gewählt.

„Die vom Dienstherrn nach Maßgabe der Verfassung geschuldete Alimentierung ist nicht eine dem Umfang nach beliebig variable Größe, die sich einfach nach den "wirtschaftlichen Möglichkeiten" der öffentlichen Hand oder nach den politischen Dringlichkeitsbewertungen hinsichtlich der verschiedenen vom Staat zu erfüllenden Aufgaben oder nach dem Umfang der Bemühungen um Verwirklichung des allgemeinen Sozialstaatsprinzips bemessen lässt (BVerfG, 30.03.1977 - 2 BvR 1039/75, 2 BvR 1045/75 Rn. 50).“ Aus der Präsentation des TFM („Kurzdarstellung des Gesetzesentwurfs zu TOP 10 der HuFa Sitzung vom 28. Mai 2021“ S. 12 und 13, erhalten vom Ministerpräsidenten am 31.5.2021) ist sehr offensichtlich erkennbar, dass sich der Besoldungsgesetzgeber nicht vorrangig an dem Ziel der Herstellung einer

verfassungsgemäßen Besoldung orientiert hat, sondern vorrangig an der Herstellung der kostengünstigsten Lösung über die Anhebung der Familienzuschläge.

Aus dem protokollierten Vortrag des TFM Vertreters vor dem Petitionsausschuss (Ergebnisprotokoll, 11. Sitzung am 26. November 2020, S. 16) kann man Folgendes entnehmen:

„Zur Heilung des verfassungswidrigen Besoldungsabstands zur Grundsicherung habe man sich im TFM mit verschiedenen Lösungsmöglichkeiten befasst. Bei der Option des Familienzuschlags, bezogen auf das zweite Kind, würden sich geschätzte Kosten von 25 Mio. Euro ergeben. Mit Ausgaben von 36,5 Mio. Euro sei zu rechnen, wenn der Familienzuschlag auf das erste und zweite Kind verteilt würde. Bei der Erwägung einer Option im Bereich des Grundgehalts müsse das Abstandsgebot beachtet werden. Fehlten bspw. 320 Euro in der Besoldungsgruppe A6 Stufe 1 und würde der Grundgehalt um diesen Betrag ergänzt werden, müssten alle anderen Besoldungsgruppen um den Prozentsatz dieses Betrags ebenfalls erhöht werden. Diese Variante würde Kosten von ca. 265 Mio. Euro im Jahr erzeugen und stelle die teuerste Option dar. Die Einführung von einer jährlichen Sonderzahlung in Höhe von 50 Prozent eines Monatsgehalts sei ebenfalls denkbar und koste zwischen 80 und 82 Mio. Euro im Jahr, und ein 13. Monatsgehalt hätte Kosten von ca. 160 Mio. Euro zur Folge.“

Diese Alternativen finden in den Ausführungen zum Gesetzentwurf keine Erwähnung. Es ist keine inhaltliche und folgenabschätzende Auseinandersetzung mit diesen Möglichkeiten erfolgt, die zumindest teilweise geeignet gewesen wären, der bislang vom tbb aufgeführten Kritik zu entgegen.

7. Die Thüringer Besoldung ist in einigen Besoldungsgruppen nicht mehr in der Lage, ihre qualitätssichernde Funktion aufrecht zu erhalten. Der tbb gelangt zu der Ansicht, dass es Thüringen offenkundig nicht mehr gelingt, regelmäßig aus der Gruppe der besten 10 % der Absolventen den Nachwuchs für den Justizdienst zu rekrutieren.

Beide Bundesgerichte bestätigten die seit langem vertretene Auffassung des tbb, dass die Alimentation ihre qualitätssichernde Funktion nicht mehr erfüllen kann.

Für Thüringen zeigt sich daran, dass es dem Land schon seit mehreren Jahren kaum mehr gelingt, überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte für den höheren Justizdienst zu gewinnen.

Die Einstellungsvoraussetzungen für den höheren Justizdienst in Thüringen sind von „mindestens vollbefriedigend“ (gegen 2006) zunächst auf „in der Regel mindestens vollbefriedigend“ (gegen 2009), sodann auf „im Ersten Staatsexamen mindestens 7,5 Punkte, im zweiten Staatsexamen mindestens 8,5 Punkte“ und zuletzt auf „mindestens 15 Punkte in beiden Staatsprüfungen zusammen“ (2020) abgesenkt worden, obwohl gleichzeitig das Notenniveau in den vom Juristischen Prüfungsamt verantworteten Prüfungen erheblich gestiegen ist.

Dabei ist in Thüringen ausweislich der Ausbildungsstatistiken des Bundesjustizprüfungsamtes (https://www.bundesjustizamt.de/DE/Themen/Buergerdienste/Justizstatistik/Juristen/Ausbildung_node.html) die absolute Zahl der Referendare, welche an der Zweiten Juristischen Staatsprüfung teilnehmen, seit dem Jahr 2001 entgegen der Entwicklung in anderen Ländern massiv gesunken. Der deutlich gestiegene Anteil von Kandidatinnen und Kandidaten mit 9 oder mehr Punkten im Zweiten Juristischen Staatsexamen hat daher auch zu einer Erhöhung der mit „Prädikat“ bestehenden Kandidaten in absoluten Zahlen geführt. Während im Jahr 2001 lediglich 11,36% der Personen die Notenstufen „vollbefriedigend“ und besser erreichten, waren es im Jahr 2018 bereits dreimal so viele mit 34,09% der Personen.

Die Gruppe der sogenannten Prädikatsjuristen, die im Land Thüringen als Assessoren pro Jahr neu hinzukommen, hat sich trotzdem kaum verändert. Gleichwohl sah sich das Land

Thüringen veranlasst, seine Einstellungsvoraussetzungen aus unserer Sicht dramatisch abzusenken.

Um noch zu den besten 10 % der Absolventen zu gehören, wären angesichts des sprunghaft gestiegenen Notenniveaus regelmäßig deutlich zweistellige Ergebnisse in beiden Examina erforderlich.

8. Das TFM wählt als Ausgangspunkt seiner Berechnung zur Grundsicherung andere Werte als das BVerfG und kommt dadurch auf geringere Anpassungsbedarfe, die bei Anlegen der Maßstäbe des BVerfG wiederum zu einer zu niedrigen Besoldung führen.

So gibt es Differenzen zu den Berechnungen der Kosten für Unterkunft und Heizung. Auch wurden die von der BfA übermittelten aktuellen Werte von 2020 nicht berücksichtigt. In den Berechnungen sind auch keine Leistungen und Ausgaben für IT vorgesehen.

3) Fazit des tbb

Als Folge ist der Gesetzentwurf von Seiten des tbb bis auf die Regelungen zur Erhöhung der Familienzuschläge ab dem dritten Kind zurückzuweisen.

Das TFM erkennt nach Ansicht des TFM, dass der Mangel in der Besoldung in Thüringen aufgrund der zahlreichen Verstöße in den verschiedenen Parametern nicht allein über eine Anhebung der kinderbezogenen Familienzuschläge in der Besoldung zu reparieren ist. Dem tbb drängt sich vielmehr der Verdacht auf, sich hier aufgrund der zu erwartenden Kosten, für das kostengünstigste Modell entschieden zu haben und nicht für eines, welches geeignet ist, die Thüringer Besoldung mit Blick auf alle vom BVerfG vorgegebenen Parameter wieder verfassungsfest auszugestalten.

Der tbb fordert eine allgemeine Anhebung der Grundbesoldung.

Ausführliche Darstellung:

Zum Gesetzentwurf:

„Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation“

Zu Artikel 1 Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Wie das BVerfG darlegt, verpflichte das Alimentationsprinzip den Besoldungsgesetzgeber zudem dazu, sich bei der Bemessung der Besoldung - für alle Beamten - an der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und dem allgemeinen Lebensstandard zu orientieren. Dass vorrangig die Finanzlage der öffentlichen Haushalte oder das Ziel der Haushaltskonsolidierung den Grundsatz der amtsangemessenen Alimentierung nicht einschränken könne, gelte ebenfalls für alle Beamten. Die verfassungsrechtlich geschuldete Alimentierung sei nicht eine dem Umfang nach beliebig variable Größe, die sich einfach nach den "wirtschaftlichen Möglichkeiten" der öffentlichen Hand oder nach den politischen Dringlichkeitsbewertungen hinsichtlich der verschiedenen vom Staat zu erfüllenden Aufgaben oder nach dem Umfang der Bemühungen um die Verwirklichung des allgemeinen Sozialstaatsprinzips bemessen lasse. Wenn der Besoldungsgesetzgeber für niedrigere Besoldungsgruppen eine Anpassung in bestimmter Höhe als für eine amtsangemessene Alimentation erforderlich erachte, müsse er sich daran für alle Beamten festhalten lassen, sofern er mit der Differenzierung keine Umgestaltung des Besoldungssystems oder eine Neubewertung von Statusämtern vornehme (BVerfG, Beschluss vom 23.05.2017 - 2 BvR 883/14; 2 BvR 905/14).

Zu Nr. 1

§ 67d Nachzahlung wegen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 - 2 BvL 4/18

Vorbemerkungen hierzu:

Die Nachzahlungen bis einschließlich 2020 sind als Entgeltbestandteile und Bruttobeträge ausgewiesen. Das heißt, die Beträge sind im Anschluss zu versteuern und hier schlägt bei jedem Einzelnen die Progressionsfalle zu. Gleichzeitig sind die veranschlagten Ausgabebedarfe im Haushalt um den Steueranteil höher. Des Weiteren dürfte auch der Erfüllungsaufwand für das Land höher und die Sache selbst streitanfällig sein, wenn es darum geht, wie die Versteuerung erfolgen soll.

In einem aktuellen Gesetzentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen zur Anpassung der Alimentation für kinderreiche Familien sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften werden die Nachzahlungsregelungen bis einschließlich 2020 als Nettobeträge im Gesetz ausgewiesen, indem diese Beträge nicht als Familienzuschlag oder Erhöhung der Dienstbezüge qualifiziert werden.

Steuerrechtlich wären diese Zahlungen dann als Schadenersatzleistung einzustufen und unterliegen somit keiner Steuerpflicht. Jeder einzelne Beamte und Richter kann auf seinem Kontoauszug den Nachzahlungsbetrag dem Grunde und der Höhe nach transparent nachvollziehen.

Wir rügen in diesem Zusammenhang, dass **keine Kompensation der erlittenen Besoldungsnachteile vorgesehen** ist.

Bei den hier auszugleichenden Fällen handelt es sich eben nicht um die bislang von der Rechtsprechung erfassten Fälle einer kurzzeitigen und unbeabsichtigten Zahlungsverzögerung. Hier aber geht es um eine jahrelange und erhebliche Nichtbeachtung eines verfassungsrechtlich gesicherten Mindestanspruchs. Es ist zudem auch hier der Nachteil zu berücksichtigen, der durch die Versteuerung der Einmalzahlung für mehrere Jahre entsteht.

Der tbb fordert daher, die Kompensationsleitung sowie den Verzögerungsschaden mit einem Erhöhungsbetrag auf den sich im Einzelfall ergebenden Nachzahlungsbetrag zu kompensieren. Wir schlagen hier eine Erhöhung des errechneten Nachzahlungsbetrages um moderate zwei Prozentpunkte vor.

Zu Abs. 1 (betrifft Nachzahlung Familienzuschlag für Kläger und Widerspruchsführer 2008-2019)

Die in Absatz 1 dargestellten Zahlenwerte beruhen auf einen Vergleich der Besoldungsentwicklung mit der Entwicklung ausgewählter volkswirtschaftlicher Vergleichsparameter (Nominallohnentwicklung, Tarifentwicklung, Verbraucherpreisentwicklung). Vergleichszeitraum sind 15 Jahre. Die Abweichung zwischen der Besoldungsentwicklung und den volkswirtschaftlichen Vergleichsparametern darf in diesem Zeitraum nicht mehr als 5 v.H. betragen.

Die rechnerischen Darstellungen zu den volkswirtschaftlichen Vergleichsparametern bzw. deren Indexbildung sind schlüssig. Die zum Besoldungsindex hingegen nicht. Eine diesbezügliche Erklärung erfolgte auch nicht im TFM Schreiben vom 04.05.2021.

In dem vorgelegten Gesetzentwurf wurden entsprechende Korrekturen bei der Berechnung im Rahmen der 1. Prüfstufe (Vergleich der Besoldung mit verschiedenen volkswirtschaftlichen Parametern) dergestalt vorgenommen, dass nunmehr unterjährige Besoldungserhöhungen nur mit dem jeweils wirksam gewordenen Anteil im jeweiligen Jahr berücksichtigt wurden. Dies entspricht den Vorgaben des BVerfG und dem seinerzeitigen Vorgehen in Sachsen nach dem dort die Besoldung seitens des BVerfG als verfassungswidrig zu niedrig verworfen wurde (BVerfG, Urt. v. 5. Mai 2015 – 2 BvL 17/09 – u. Beschl. v. 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 u.a.; juris sowie [LT-Drs. Sachsen 6/5079](#), S. 22 ff.). Des Weiteren wurde ein „Puffer“ dergestalt eingebaut, als dass in der Vergleichsberechnung nicht mehr exakt auf 5 v.H. sondern auf 4,9 v.H. bezüglich des Abstandes der Besoldung zu den jeweiligen volkswirtschaftlichen Vergleichsparametern abgestellt wurde.

Allerdings gibt es nach wie vor einen Widerspruch in der Begründung im Hinblick auf die Auswirkungen besoldungsrechtlichen Auswirkungen bzgl. der Streichung der Sonderzuwendungen in den Jahren 2004/2005 (S. 20 des Gesetzentwurfes) im Vergleich zu den Darstellungen in der [LT-Drs. 4/2316](#).

2004

Besoldungsgruppe	Kürzung nach Drs. 4/2316 in %	Kürzung nach Begründung zum GE in %	Abweichung
A2-A9	-2,93	-2,35	0,58
A10-A13, W1-C1	-3,12	-2,51	0,61
sonstige Besoldungsgruppen	-3,32	-2,75	0,57

2005

Besoldungsgruppe	Kürzung nach Drs. 4/2316 in %	Kürzung nach Be- gründung zum GE in %	Abweichung
A2-A6	-2,93		2,93
A7-A9	-3,71	-0,8	2,91
A10-A13, W1-C1	-5,03	-2,01	3,02
A14-2A16, W2,C2, R1, R2	-5,41	-2,18	3,23
sonstige Besoldungsgruppen	-5,66	-2,42	3,24

Da es sich bei den Kürzungen in den Jahre 2004 und 2005 um abgeschlossene Sachverhalte handelt und bereits seinerzeit schon die Streichung des Urlaubsgeldes, wie später vom Bundesverfassungsgericht nachgezeichnet, keine Rolle bei der seinerzeitigen Betrachtung spielt(e), ist dies nicht nachvollziehbar. Entweder waren die Angaben in dem seinerzeitigen Bericht der Thüringer Landesregierung gegenüber dem Thüringer Landtag falsch oder aber die Darstellung im Gesetzentwurf sind falsch. Beide Werte können jedenfalls nicht richtig sein. Um entsprechende Erörterung und Erläuterung wird daher gebeten.

Abs.2 (betrifft Nachzahlung Familienzuschlag für Kläger und Widerspruchsführer 2008-2019)

In Absatz 2 richtet sich die Kritik des tbb dagegen, dass nur Beamt*innen, deren Klagen und Widersprüche offen sind und „deren Ämter der Besoldungsgruppen A 3 bis A 9 zugeordnet sind“, „für das zweite im Familienzuschlag zu berücksichtigende Kind eine Nachzahlung“ für die Jahre 2008-2019 erhalten.

Eine Beschränkung auf die Besoldungsgruppen A3 bis A9 würde aber unweigerlich dazu führen, dass in dem 12jährigen Betrachtungszeitraum bei einem Besoldungsgruppenwechsel in Form einer Beförderung in ein höheres Amt (in A10 oder höher) die Gesamtbesoldung nach der Beförderung niedriger wäre als davor. Ein derartiger Effekt wäre als verfassungsrechtlich unzulässig anzusehen.

In diesem Zusammenhang wird ergänzend darauf hingewiesen, dass das BVerfG in seinem Beschluss vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 - bei einer Korrektur der Besoldung zur Wahrung des Mindestabstandes u.a. ausführt (Rn. 47 f.) „Vielmehr steht es dem Besoldungsgesetzgeber frei, etwa durch höhere Familienzuschläge bereits für das erste und zweite Kind stärker als bisher die Besoldung von den tatsächlichen Lebensverhältnissen abhängig zu machen.“

Soweit man die Reparatur bezüglich des verfassungswidrigen Mindestabstandes der Besoldung zur Grundsicherung über die kindbezogenen Anteile im Familienzuschlag vornehmen will und die Zulässigkeit mit der o.a. BVerfGE begründet, muss man sich auch an diese halten. Durch den kumulativen Verweis „für das erste und zweite Kind“ steht eine, wie im Gesetzentwurf vorgenommen, Verkürzung bestehender Ansprüche auf Beamte und Richter mit zwei Kindern ebenfalls nicht in Übereinklang mit der o.a. Entscheidung des BVerfG.

Des Weiteren ist uns bewusst, dass ein Rechtsanspruch auf eine Nachzahlung nur bei Geltendmachung der Unteralimentation im jeweiligen Haushaltsjahr besteht. Wir sehen jedoch die Regelung in Bezug auf den Kreis der Anspruchsberechtigung als nicht korrekt an, die darauf abstellt, dass nur offene Widersprüche und Klagen für Nachzahlungsansprüche beachtlich sind. Auch bei Beamt*innen und Richtern, welche in der Vergangenheit Widerspruch

eingelegt aber diesen nicht bis zur Klage gebracht haben, ist der Haushaltsgesetzgeber nicht im Unklaren geblieben, ob es möglicherweise zu Nachzahlungen kommen könnte.

Nach der Entscheidung des BVerfG kommt es hingegen „nicht darauf an, ob insoweit ein Widerspruchs- oder ein Klageverfahren schwebt.“ (BVerfG vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 6/17 Rn. 183).

Wegen des mit der systematischen Zurückweisung von Widersprüchen verbundenen Unrechts fordern wir die Aufnahme jener Kolleginnen und Kollegen in den Kreis der Begünstigten, deren rechtzeitiger Rechtsbehelf gegen die Höhe der ihnen gewährten Besoldung bestands- oder rechtskräftig zurückgewiesen worden sind.

Es ist zwar – rechtlich – nachvollziehbar, dass der Entwurf nur die Begünstigung von Personen vorsieht, die Widerspruch und/oder Klage erhoben haben. Verfassungswidrig evident unzureichend wurden aber auch die Kolleginnen und Kollegen alimentiert, die im Vertrauen auf die behauptete Rechtmäßigkeit der Besoldung keine Rechtsmittel eingelegt haben.

Wir halten es für wünschenswert, auch bei diesen Kolleginnen und Kollegen eine rückwirkende Korrektur der verfassungswidrig zu niedrig bemessenen Dienstbezüge vorzunehmen. Das halten wir für geboten, um als Dienstherr gegenüber allen Kolleginnen und Kollegen die erforderliche Wertschätzung zu zeigen, indem der vormalige Verfassungsverstoß für die Vergangenheit vorbehaltlos für alle beseitigt wird.

Der tbb setzt sich daher dafür ein, dass alle im Dienst befindlichen Beamt*innen der verschiedenen Besoldungsordnungen in den vom Reparaturgesetz erfassten Jahren anspruchsberechtigt sein sollten. Wir schlagen hier eine pauschale Zahlung vor, alternativ könnten ergänzend Urlaubstage, mindestens aber zusätzliche Sonderurlaubstage für ergänzende Fortbildungen, gewährt werden.

Zu § 67 e Nachzahlung wegen des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 - 2 BvL 6/17 u.a.

Mit der Regelung sollen die verfassungswidrigen Verstöße gegen den verfassungsrechtlich gebotenen Mindestabstand des kindbezogenen Anteils im Familienzuschlag für das dritte und jedes weitere Kind geheilt werden (Abstand > Grundsicherung + 15 v.H.).

Die tabellarisch aufgeführten Werte können rechnerisch nicht vollständig von uns nachvollzogen werden, da zwar die Ermittlung der Grundsicherungsbedarfe eines Kindes für die einzelnen Jahresscheiben eine modellhafte Darstellung im Ergebnis aber lediglich für das Jahr 2021 erfolgten.

Des Weiteren bleibt auch hier festzustellen, dass eine Bereinigung nur in den Fällen erfolgen soll, in denen explizit, neben der Grundbesoldung, auch die kindbezogenen Anteile im Familienzuschlag mit statthaftem Rechtsbehelf angegriffen wurden.

Würde ein Beamter oder Richter zwar formal von der Regelung erfasst (weil er drei oder mehr Kinder hat), hätte aber nicht explizit in seinem Widerspruch hierauf Bezug genommen und die Verfassungswidrigkeit der hiermit korrespondierenden Alimentationsanteile herausgestellt, wäre eine Nachzahlung nach der Regelung in § 67e ausgeschlossen. Nach dem Kenntnisstand des tbb hat nur eine äußerst geringe Anzahl von Beamt*innen und Richter*innen noch offene Widersprüche oder Klagen vor dem Jahr 2020 aufrechterhalten. In den Genuss einer Nachzahlung käme daher nur ein Bruchteil aller Beamt*innen und

Richter*innen. Das ist in Anbetracht eines über eines Jahrzehnts erfolgten und fortgesetzten Verfassungsverstößes des Dienstherrn für den tbb nicht hinnehmbar.

Zu § 67 f Überleitungsbestimmung aufgrund des Gesetzes zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation

Über diese Vorschrift soll mittels der Streichung der unteren Erfahrungsstufe in den Besoldungsgruppen A6 und A7 ein Puffer im Hinblick auf die Einhaltung des Mindestabstandes zum Grundsicherungsniveaus geschaffen werden.

Beamte, die zum 1. Januar 2020 regulär in die zweite Erfahrungsstufe aufgestiegen sind, haben allerdings von dieser Maßnahme keinen Vorteil. Nach Auffassung des TFM, soll die dargestellte Verfahrensweise der Zielsetzung der Gewährleistung der verfassungsrechtlichen Mindestalimentation entsprechen und keine Schlechterstellung zu den „übergeleiteten“ Beamten darstellen. **Dieser Auffassung kann aus unserer Sicht nicht gefolgt werden.**

Die Streichung der ersten Erfahrungsstufe und damit letztendlich das Abschaffen einer Erfahrungsstufe zum Ende der beamtenrechtlichen Laufbahn, stellt gerade für diese unteren Besoldungsgruppen, die erfahrungsgemäß bereits mit jungen Jahren ihre Beamtenlaufbahn beginnen, eine Schlechterstellung dar. Hier wäre es erforderlich, die entsprechenden Eingangsgehälter in der Stufe 1 anzuheben und die erforderlichen Mindestabstände zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen entsprechend anzupassen sowie weitere Erfahrungsstufen nach „hinten“ zu schaffen.

Zu Nr. 5 und 6 (Regelung zu den Kinderbezogenen Stufen des Familienzuschlags 2020 und 2021)

Den vorgesehenen Regelungen ab dem dritten Kind und weiterer stimmen wir zu. Der tbb wendet sich mit seiner Kritik ausschließlich gegen die Regelung der kinderbezogenen Stufen des Familienzuschlags für 2020 und 2021 für das erste und zweite Kind. Die im Gesetzentwurf vorgesehene massive Anhebung der kinderbezogenen Besoldungsbestandteile (Familienzuschlag) für das für das erste Kind um 209,41€ (2020) bzw. um 211,29 € (2021) und für das zweite Kind um 388,79 Euro (2020) bzw. um 403,74 € (2021) führt dazu, dass sich der Charakter der Familien^{„zuschlags“} im Verhältnis zur Grundbesoldung sich hin zu einer Nebenbesoldung entwickelt und damit nicht mehr dem vom BVerfG entwickelten Vorstellungen zum Charakter des Familienzuschlags als „die Grundbesoldung ergänzend“ entspräche.

So würde der Familienzuschlag sich im Verhältnis zur Gesamtbesoldung der jeweiligen Endstufe in der A6 auf 21% (bei 136,09 € pro Kind bislang 13%), in A9 auf 17% (bislange 11%) und in der A13 auf 12% (bislange 7%) erhöhen. Übersetzt heißt dies, dass für die unterste Besoldungsgruppe A 6 die Familienbezogenen Besoldungsbestandteile mehr als ein Fünftel der Gesamtbesoldung ausmachen. Das BVerfG geht jedoch von einem Bild der vierköpfigen Beamtenfamilie aus, wonach der Kindesunterhalt für das erste und zweite Kind „ganz überwiegend aus den allgemeinen, d. h. „familienneutralen“ und insoweit auch ausreichenden Gehaltsbestandteilen bestritten werden kann und die kinderbezogenen Gehaltsbestandteile ergänzend hinzutreten (BVerfGE 44, 249 Rn. 65)“.

Das BVerfG hat dabei das Verhältnis des Familienzuschlags auch in Bezug auf die Unterhaltssätze (Anm. d. Verf. z. Bsp. nachvollziehbar nach der „Düsseldorfer Tabelle“) definiert. So heißt es: „In diesem Fall bestehen keine verfassungsrechtlichen Bedenken dagegen, wenn dieser Betrag in seiner Höhe erheblich unter den Beträgen bleibt, die von der Rechtsordnung als Regelsätze für Kindesunterhalt als angemessen erachtet und veranschlagt werden (BVerfGE 44, 249 ebenda).“ Konkretisierend: „Die Kosten des Unterhalts eines Kindes innerhalb einer Familie sind geringer als die Kosten des Unterhalts, die für eine Person außerhalb des Familienverbandes aufgewendet werden müssen (BVerfG, 30.03.1977 - 2 BvR 1039/75, 2 BvR 1045/75 Rn. 55).“ Nach dem Gesetzentwurf des TFM beträgt der Familienzuschlag für das erste und zweite Kind zusammen jedoch 615 €, laut Düsseldorfer Tabelle beständen für einen Unterhaltsverpflichteten mit einer Bezahlung vergleichbar die A 6 Stufe 2 Unterhaltsverpflichtungen nur in Höhe von 577 € und damit 38 € weniger als die Gesamtsumme der Kinderzuschläge. Damit wäre das vom BVerfG vorgesehene **Verhältnis zwischen Familienzuschlag und Unterhalt** durch die im Gesetzentwurf vorgelegten Zahlen gekippt, wobei dabei verfassungsrechtlich noch **nicht beachtet** worden wäre, dass das BVerfG wie zitiert direktiv davon ausgeht, dass bei Bestehen einer amtsangemessenen Alimentation die entsprechenden Beträge erheblich unterhalb der von der Rechtsordnung als Regelsätze für den Kindesunterhalt angesehenen verbleiben kann.

Diese weiteren Vorgaben des BVerfG müssen auch im Kontext des im Beamtentum geltenden „Leistungsprinzips“ gelesen werden. Ebenso wie das Alimentationsprinzip ist auch das **Leistungsprinzip** ein hergebrachter Grundsatz des Berufsbeamtentums. Sowohl der Zugang zum öffentlichen Dienst als auch die weiteren Beförderungen richten sich ausschließlich nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung. Mit einem höheren Amt sollen auch höhere Bezüge verbunden sein. Der Familienzuschlag stellt keinen leistungsbezogenen Besoldungsbestandteil dar. Das führt zu einem mindestens fragwürdigen Ergebnis bei einer starken Erhöhung desselben: Je höher der Familienzuschlag und je geringer die Grundbesoldung, bzw. je größer der Anteil des Familienzuschlags an der Besoldung, desto geringer fällt bei einer Beförderung die „Netto-Mehrbesoldung“ aufgrund höherer Ämterwertigkeit aus. Dies führt nach unserer Auffassung zu einer Aushebelung des Leistungsprinzips in der Besoldung. Dieser Effekt ist umso stärker ausgeprägt, je größer der Teilzeitanteil ist. Gerade jedoch Beamt*innen mit Kindern haben die höchste Teilzeitquote.

Langfristig führt zudem eine starke Erhöhung der Familienzuschläge zu einem Abschmelzen der Abstände zwischen den Einzelnen Besoldungsgruppen. Im dargestellten Vergleich wurden die jeweiligen Tabellenendbeträge der Grundbesoldungstabelle verglichen.

Verhältnis	Grundtabelle	Familienzuschlag 272,58€	Differenz	Grundtabelle	Familienzuschlag 615,03€	Differenz
A 9/ A 6	123,64%	121,64%	-2,00%	123,64%	119,56%	-4,08%
A 13/ A 6	151,44%	147,86%	-3,58%	151,44%	144,01%	-7,43%
A 16/ A 6	138,71%	136,88%	-1,82%	138,71%	134,82%	-3,88%

Darüber hinaus sind Familienzuschläge nicht versorgungsrelevant, d.h. sie werden bei der späteren Pensionsberechnung nicht mitgerechnet. Auch dies trifft wiederum Beamt*innen mit Kindern besonders stark, da sie zudem aufgrund des unter dieser Beamtengruppe besonders stark ausgeprägten Teilzeitanteil bereits mit Abzügen in der Versorgung rechnen müssen.

Wir halten dies aus mehreren Gründen für geboten: zum einen wurden in den letzten Jahren verschiedene Entscheidungen, wie die Abkopplung der B-Besoldung vom Endamt A 15, die Streichung der Besoldungsgruppen des einfachen Dienstes A3 bis A 5, die Anhebung der Eingangsbesoldung für Grund- und Regelschullehrer, die Streichung von Stufen einzelner Besoldungsgruppen sowie von Beförderungssämtern sowie die Anhebung der Eingangsbesoldung für Finanz- und Polizeibeamten und der W-Professuren getroffen, die einzelne Berufsgruppen aus dem Gesamtkonzept der Besoldung herausgenommen haben, um diese einzeln neu zu bewerten. Dabei wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt, ob dies notwendig war. Mit jeder dieser Änderungen wurde jedoch das Gesamtbemessungskonzept (Grundstruktur) nachhaltig verändert, das Verhältnis der einzelnen Berufsgruppen mit Blick auf ihre Laufbahnen, ihre Verantwortung und Aufgaben, wurde zerpfückt.

Zum anderen zeigen unsere Berechnungen, dass die Alimentation auch unabhängig von Kindern für eine zweiköpfige Beamtenfamilie in der untersten Besoldungsgruppe nicht mehr ausreichend ist. In dieser Personengruppe kann die Herstellung eines verfassungskonformen Besoldungszustandes jedoch fast ausschließlich nur über die Anhebung der Grundbesoldung vorgenommen werden.

Besoldung zweiköpfige Beamtenfamilie

Besoldung A6 Stufe 1			Besoldung A6 Stufe 2			Grundsicherungsbedarf		
	monatlich 2021	jährlich 2021		monatlich 2021	jährlich 2021		monatlich 2021	jährlich 2021
Grundgehalt	2.404,44 €	28.853,28 €	Grundgehalt	2.471,99 €	29.663,88 €	Regelbedarf 2 Personen*	802,00 €	9.624,00 €
Familienzuschlag verheiratet	156,01 €	1.872,12 €	Familienzuschlag verheiratet	156,01 €	1.872,12 €	Kosten für Unterkunft und Heizung (Ehepaar), 60m²,	615,79 €	7.389,48 €
Allgemeine Zulage	51,19 €	614,28 €	Allgemeine Zulage	51,19 €	614,28 €	Heizkosten zzgl. CO2 Aufschlag (Ehepaar), 60 qm, 23,08 € pro m²	115,40 €	1.384,80 €
						Teilhabe am kulturellen Leben		15,00 €
						Sozialtarife	10,90 €	130,80 €
						GEZ Befreiung	17,50 €	210,00 €
Brutto	2.611,64 €	31.339,68 €	Brutto	2.679,19 €	32.150,00 €			
Steuerlicher Abzug (Lohnsteuerklasse III)	-116,33 €	-1.396,00 €	Steuerlicher Abzug (Lohnsteuerklasse III)	-131,33 €	-1.576,00 €			
Kosten Private Kranken- und Pflegeversicherung (PKV Beitrag 2 Erwachsene inkl. Beihilfe 50%)	-750,00 €	-9.000,00 €	Kosten Private Kranken- und Pflegeversicherung (PKV Beitrag 2 Erwachsene inkl. Beihilfe 50%)	-750,00 €	-9.000,00 €			
Verfügbares Netto	1.745,31 €	20.943,68 €	Verfügbares Netto	1.797,86 €	21.574,00 €	Grundsicherung	1.561,59 €	18.754,08 €

Besoldungs-niveau im Verhält-nis zu Grundsicherung in A 6 Stufe 1	IST	111,68%	Besoldungs-niveau im Verhältnis zu Grundsicherung in A 6 Stufe 2	IST	115,04%
	Soll	115,00%		Soll	115,00%
	Diff.	-3,32%		Diff.	0,04%

Diese Berechnungen zeigen auf, dass eine Korrektur scheinbar nicht allein über die kinderbezogenen Familienbestandteile möglich erscheint.

Des Weiteren ist nach unseren Berechnungen auch die Versorgung bereits betroffen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seiner Entscheidung (2 BvL 4/18 Rn. 24) grundlegend ausgeführt (Hervorhebung vom Verfasser): „Die prägenden Strukturmerkmale des Berufsbeamtentums stehen nicht unverbunden nebeneinander, sondern sind eng aufeinander bezogen (zu Lebenszeit- und Alimentationsprinzip vgl. BVerfGE 119, 247; 121, 205; zu Treuepflicht und Alimentationsprinzip vgl. BVerfGE 21, 329; 44, 249 ; 130, 263 ; zu Treue und Fürsorgepflicht vgl. BVerfGE 9, 268 ; ferner auch BVerfGE 71, 39). ... Die Gewährleistung einer rechtlich und wirtschaftlich gesicherten Position, zu der die individuelle Garantie einer amts-angemessenen Besoldung und Versorgung durch das Alimentationsprinzip und die Möglichkeit ihrer gerichtlichen Durchsetzung wesentlich beitragen, bildet die Voraussetzung und innere Rechtfertigung für die lebenslange Treuepflicht sowie das Streikverbot, während diese umgekehrt eine gerichtliche Kontrolle der Alimentation erfordern; diese Strukturprinzipien sind untrennbar miteinander verbunden (vgl. BVerfGE 8, 1 ; 44, 249 ; 119, 247 ; 148, 296).“ Nicht umsonst hebt das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich hervor: „Versorgung und Besoldung sind Teilelemente des einheitlichen Tatbestands der Alimentation und schon bei Begründung des Richter- und Beamtenverhältnisses garantiert (vgl. BVerfGE 114, 258 <298>). Der Dienstherr ist gehalten, den Unterhalt der Richter und Staatsanwälte lebenslang – und damit auch nach Eintritt in den Ruhestand – zu garantieren (vgl. BVerfGE 76, 256 <298>; 114, 258 <298>).“ (ebd., Rn. 91)

Ausgehend von diesen untrennbaren miteinander verbundenen Prinzipien kann es keine unterschiedliche Betrachtung zwischen inaktiven Beamten und Richtern (Versorgungsempfänger) sowie aktiven Beamten und Richtern geben. Anderenfalls wären Versorgungsempfänger ggf. auf ergänzende Sozialleistungen zu verweisen, was wiederum verfassungsrechtlich ausgeschlossen ist (BVerfGE 2 BvL 4/18 – Rn. 52 ; juris). Da die Alimentation als Gewährleistungsanspruch nach Art. 33 Abs. 5 GG auf Lebenszeit und auf die Familie des Beamten oder Richter ausgerichtet ist, entfaltet dieser vom BVerfG weiter ausgeformte Grundsatz bezüglich des Mindestabstandes zum Grundsicherungsniveaus natürlich auch für die Versorgung des Ruhestandsbeamten Wirkung. Eine an die o.a. Bundesverfassungsgerichtsentscheidung angelehnte Betrachtung für Ruhestandsbeamte kann in der Regel etwaige Bedarfe für Kinder nicht berücksichtigen. Daher wurden die Betrachtungen des Bundesverfassungsgerichtes zu aktiven Beamten auf die inaktiven Beamten (Versorgungsempfänger) mit einem Anspruch auf Mindestversorgung nach den §§ 12 Abs. 1, 21 Abs. 4 ThürBeamtVG übertragen.

Vergleich Versorgung aus A 6 Stufe 9 (Endstufe) zu Grundsicherung

Versorgung aus A 6 Stufe 9			Grundsicherungsbedarf		
	monatlich	jährlich		monatlich	jährlich
Grundgehalt	2.113,02 €	25.356,24 €	Regelbedarf 2 Personen*	802,00 €	9.624,00 €
Familienzuschlag verheiratet	111,94 €	1.343,28 €	Kosten für Unterkunft und Heizung (Ehepaar), 60m²,	615,79 €	7.389,48 €
Allgemeine Zulage	36,73 €	440,76 €	Heizkosten zzgl. CO2 Aufschlag (Ehepaar), 60 qm, 23,08 € pro m²	115,40 €	1.384,80 €
			Teilhabe am kulturellen Leben		15,00 €
			Sozialtarife	10,90 €	130,80 €
			GEZ Befreiung	17,50 €	210,00 €
Brutto	2.261,69 €	27.140,28 €			
Steuerlicher Abzug (Lohnsteuerklasse III)	-47,50 €	-570,00 €			
Kosten Private Kranken- und Pflegeversicherung (70% Beihilfe)	-450,00 €	-5.400,00 €			
Verfügbares Netto	1.764,19 €	21.170,28 €	Grundsicherung	1.561,59 €	18.754,08 €

tbb

Besoldungs-niveau im Verhältnis zu Grundsicherung	IST	112,88%
	Soll	115%
	Diff.	-2,12%

Aufgrund der mit 2,12% deutlichen Unterschreitung des Abstands zur Grundsicherungsleistungen der Versorgung der untersten Besoldungsgruppe wird unmissverständlich erkennbar, dass ein besoldungsrechtliches Strukturproblem vorliegt, welches sich nicht allein durch eine Korrektur von kindbezogenen Anteilen im Familienzuschlag verfassungskonform und rechtssicher beheben lässt, da diese nicht „versorgungsrelevant“ sind und auch nicht für kinderlose Beamte wirken.

Nach den derzeitigen, aber auch künftig angedachten besoldungsrechtlichen Regelungen, ist nicht auszuschließen, dass einzelne Ruhestandsbeamte auf ergänzende Grundsicherungsleistungen zu verweisen wären (Sozialhilfe), was wiederum als verfassungswidrig einzustufen wäre.

Das Bundesverfassungsgericht selbst führte in seinem Beschluss (BVerfG Beschluss des Zweiten Senats vom 4. Mai 2020 - 2 BvL 4/18 Rn. 49) aus: „Ob eine zur Behebung eines Verstoßes gegen das Mindestabstandsgebot erforderliche Neustrukturierung des Besoldungsgefüges zu einer Erhöhung der Grundgehaltssätze einer höheren Besoldungsgruppe führt, lässt sich daher nicht mit der für die Annahme eines Verfassungsverstoßes erforderlichen Gewissheit feststellen. Die Wahrscheinlichkeit hierfür ist umso größer, je näher die zur Prüfung gestellte Besoldungsgruppe selbst an der Grenze zur Mindestbesoldung liegt. Je deutlicher der Verstoß ausfällt und je mehr Besoldungsgruppen hinter dem Mindestabstandsgebot zurück bleiben, desto eher ist damit zu rechnen, dass es zu einer spürbaren Anhebung des gesamten Besoldungsniveaus kommen muss, um die gebotenen Abstände zwischen den Besoldungsgruppen wahren zu können.“

Vor dem Hintergrund, dass nach den Darstellungen im Referentenentwurf nicht nur bei der untersten Besoldungsgruppe (Besoldungsgruppe A6) der Mindestabstand verletzt und deutlich unterschritten wurde, sondern dies bis zu Besoldungsgruppe A9 (Eingangssamt in der Laufbahn des gehobenen Dienstes = hier verfügen die Beamten in der Regel über einen Fachhochschulabschluss) hineinreicht, wird eine Korrektur dieses Verfassungsverstoßes allein über die kindbezogenen Anteile des Familienzuschlags als nicht verfassungskonform im Sinn der obigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes angesehen.

Ausführungen zur:

Begründung zum Thüringer Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation

Berechnungen

Der tbb hat sich gemeinsam mit einigen fachkundigen Personen die Mühe gemacht, die Berechnungen in der Begründung zum Gesetzentwurf teilweise rechnerisch nachzuvollziehen und anhand eigener Berechnungen, die sich strikt an den Entscheidungen des BVerfG ausgerichtet haben, zu vergleichen.

Zu II. Überprüfung der Regelungen des Thüringer Besoldungsgesetzes anhand der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020

1. Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 4. Mai 2020 (- 2 BvL 4/18 -)

Der jeweils hier genannte Parameter wird fast dauerhaft und in den meisten Besoldungsgruppen verletzt bzw. nicht eingehalten. Auffallend ist, dass Besoldungsentwicklung dauerhaft hinter der Tarifentwicklung zurückbleibt.

Zeitraum 15 Jahre	Tarifentwicklung	A 3 bis 6	A 7 bis 9	A 10 bis A 13	A 14 bis A 16
1993-2008	25,26	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1994-2009	26,49	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1995-2010	24,04	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1996-2011	25,90	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner

1997-2012	26,65	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1998-2013	28,15	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1999-2014	28,02	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2000-2015	28,15	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2001-2016	28,02	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2002-2017	30,58	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2003-2018	30,52	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2004-2019	31,81	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2005-2020	35,92	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2006-2021	37,68	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner

über 5%

um die 5%

Zu b. Bestimmung der Abweichung der Besoldungsentwicklung von der Entwicklung des Nominallohnindex (zweiter Parameter)

Dem Ergebnis des TFM stimmen wir zu: „Im Ergebnis zeigt sich, dass für alle Besoldungsgruppen in allen Zeiträumen der Wert von 5 % überschritten wird (grau hinterlegt). Daher wird der vom Bundesverfassungsgericht geforderte zweite Parameter nicht eingehalten.“

An dieser Stelle möchten wir besonders hervorheben, dass hier mit zuletzt 8,60% über dem vom BVerfG noch als zulässige Abweichung deklarierten Wert die deutliche Abkopplung der Entwicklung der Besoldung in Höhe von 272% von der Entwicklung der Entgelte außerhalb des öffentlichen Dienstes in der Darstellung des TFM Entwurfs aufgezeigt wird. Dies zeigt sich bereits an den großen Differenzen zwischen dem Besoldungsindex und dem Nominallohnindex.

Zu c. Bestimmung der Abweichung der Besoldungsentwicklung von der Entwicklung des Verbraucherpreisindex (dritter Parameter)

Die Besoldung bleibt bis 2016 nahezu in allen Besoldungsgruppen hinter der Verbraucherpreisentwicklung zurück.

Zeitraum 15 Jahre	Verbraucherpreisindex	A 3 bis 6	A 7 bis 9	A 10 bis A 13	A 14 bis A 16
1993-2008	29,55	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1994-2009	24,63	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1995-2010	23,71	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1996-2011	23,77	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1997-2012	23,51	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1998-2013	23,90	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
1999-2014	24,16	kleiner	kleiner	kleiner	kleiner
2000-2015	23,92	größer	kleiner	kleiner	kleiner
2001-2016	21,79	größer	größer	kleiner	kleiner
2002-2017	22,13	größer	größer	größer	größer
2003-2018	22,81	größer	größer	gleich	kleiner

2004-2019	22,70	größer	größer	größer	größer
2005-2020	21,76	größer	größer	größer	größer
2006-2021	22,21	größer	größer	größer	größer

Auch dies ist ein Indiz dafür, dass der Besoldungsgesetzgeber Änderungen an der Gesamtbesoldung vornehmen hätte müssen. Das BVerfG hat in seinen Entscheidungen stets betont, die gesamte Beamtenschaft zu betrachten. Dies folgt schon aus Art. 33 Abs. 5 GG selbst. Von den Folgen ständig steigender Lebenshaltungskosten sind alle Beamt*innen gleichermaßen betroffen. Besondere Auswirkungen hat dies vielerorts am Wohnungsmarkt.

Zu d. Systeminterner Besoldungsvergleich (vierter Parameter)

Zu aa. Einhaltung des Abstandsgebots zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen

Die wie b. und c. aufgezeigte fehlerbehaftete Besoldungsentwicklung der letzten 10 Jahre, die Streichung der Besoldungsgruppen des einfachen Dienstes sowie die Anhebung einzelner Besoldungsgruppen u.a. durch Stufenstreichung (oder in der W Besoldung) zeigt sich nunmehr auch in der Beziehungen der Besoldungsgruppen zur untersten Besoldung (A3 bis 30.08.2015 bzw. A 6 ab 01.09.2015).

Eine Überprüfung der Abstände der Besoldungsgruppen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes sowie der Besoldungsordnungen B, R und W zur jeweils untersten Besoldung ergibt eine fast durchgehende Verletzung des notwendigen Abstands von mehr als 5% innerhalb eines 5 Jahres Zeitraumes bis zum Jahr 2020. Dies ist maßgeblich auf die Abschaffung des einfachen Dienstes zurückzuführen, die sich in der Besoldung ab September 2015 auswirkt. So hat sich der Abstand des Endgrundgehaltes im Verhältnis zum Endgrundgehalt der jeweils untersten Besoldungsgruppe im Betrachtungszeitraum 2011-2016 im Minimum um 13,75% in der Spitze um 49,00% verändert. Vergleichbare Werte gab es im Betrachtungszeitraum 2015 bis 2020.

Zulässig wäre nach der Rechtsprechung des BVerfG eine Veränderung innerhalb eines Zeitraums von 5 Jahren um nicht mehr als 10%.

Betrachtung der Entwicklung der Abstände der Endgrundgehälter

Entwicklung der Abstände in den Endgrundgehältern									
Abstand zu untersten Besoldungsgruppe									
Entwicklung	2016 zu 2011			2020 zu 2015			2021 zu 2016		
Besoldungsgruppen zur untersten Besoldung	2011* (einfacher Dienst bis 30.08.2015)	2016* (kein einfacher Dienst mehr)	Differenz zw. 2016 und 2011	2015* (einfacher Dienst bis 30.08.2015)	2020	Differenz zw. 2020 und 2015	2016* (kein einfacher Dienst)	2021	Differenz zw. 2021 und 2016
A 6/ A 3	114%	100%	-13,75%	114%	100%	-13,64%	100%	100%	0,00%
A 9/ A 3 bzw. A 6	142%	124%	-17,29%	141%	124%	-17,65%	124%	124%	-0,70%
A 13/ A 3 bzw. A 6	215%	188%	-26,63%	214%	151%	-62,68%	188%	187%	-1,18%
A 16/ A 3 bzw. A 6	299%	261%	-37,25%	297%	260%	-37,28%	261%	260%	-1,64%
B 2/ A 3 bzw. A 6	311%	272%	-38,78%	309%	270%	-38,77%	272%	270%	-1,71%
B 6/ A 3 bzw. A 6	391%	342%	-49,00%	389%	340%	-48,78%	342%	340%	-2,15%
R 1/ A 3 bzw. A 6	275%	241%	-34,25%	274%	239%	-34,33%	241%	239%	-1,51%
R 2/ A 3 bzw. A 6	300%	262%	-37,42%	298%	261%	-37,44%	262%	261%	-1,65%
W 1/ A 3 bzw. A 6	187%	164%	-23,07%	186%	163%	-23,39%	164%	163%	-1,03%
W 2/ A 3 bzw. A 6	213%	211%	-2,02%	239%	209%	-30,03%	211%	209%	-1,32%
W 3/ A 3 bzw. A 6	257%	225%	-31,96%	256%	224%	-32,10%	225%	233%	7,72%

Die Tabelle veranschaulicht recht deutlich (rote Markierung), dass aufgrund des Wegfalls des einfachen Dienstes als unterste Besoldungsgruppe im Betrachtungszeitraum von 5 Jahren die Abstände in nahezu allen Besoldungsgruppen im Verhältnis zur untersten Besoldungsgruppe die gesetzte Grenze von 10% deutlich überschreiten.

Der tbb räumt ein, dass nicht zwangsläufig die unterste Besoldungsgruppe zum Maßstab genommen werden muss. Das BVerfG führt dazu nur aus, dass ein Verstoß in der Regel bei einer Abschmelzung der Abstände zwischen zwei *vergleichbaren Besoldungsgruppen* um mindestens 10 % in den zurückliegenden fünf Jahren vorliegt (vgl. in derselben Entscheidung die Rn. 92; ebenso in BVerfG, Urteil des Zweiten Senats vom 05. Mai 2015 - 2 BvL 17/09 -, Rn. 112).

Zusätzliche Betrachtungen des tbb:

*Betrachtung der Entwicklung der Abstände der **Anfangsgrundgehälter** (keine Vorgabe des BVerfG)*

Abstand zur untersten Besoldungsgruppe Abstand zur jeweils untersten Besoldungsgruppe					Abstand zur untersten Besoldungsgruppe Abstand nur zu A 6				
	2011	2015	2021	Differenz zw. 2021 und 2011		2011	2015	2021	Differenz zw. 2021 und 2011
A 6/ A 3	105%				A 9/ A 6	117%	117%	113%	-3,91%
A 9/ A 3 bzw. A 6	123%	117%	113%	-10,23%	A 13/ A 6	181%	180%	173%	-7,88%
A 13/ A 3 bzw. A 6	190%	180%	173%	-17,64%	A 16/ A 6	256%	254%	244%	-11,50%
A 16/ A 3 bzw. A 6	269%	254%	244%	-25,32%					
					B 2/ A 6	337%	335%	322%	-15,45%
B 2/ A 3 bzw. A 6	356%	335%	322%	-33,68%	B 6/ A 6	425%	422%	405%	-19,66%
B 6/ A 3 bzw. A 6	448%	422%	405%	-42,62%	R 1/ A 6	184%	183%	176%	-8,04%
R 1/ A 3 bzw. A 6	194%	183%	176%	-17,99%	R 2/ A 6	224%	223%	214%	-9,97%
R 2/ A 3 bzw. A 6	236%	223%	214%	-22,07%	W 1/ A 6	203%	202%	194%	-8,97%
W 1/ A 3 bzw. A 6	214%	202%	194%	-19,95%	W 2/ A 6	231%	260%	249%	18,46%
W 2/ A 3 bzw. A 6	243%	260%	249%	5,98%	W 3/ A 6	279%	268%	277%	-1,75%
W 3/ A 3 bzw. A 6	294%	268%	277%	-16,84%					

Betrachtung der Entwicklung der Abstände der Endgrundgehälter 2011 zu 2021 (nach Gesetzentwurf) mit (Gesamtbesoldung) und ohne (Grundbesoldung) Berücksichtigung weiterer Besoldungsbestandteile

Abstand	Grundbesol- dung Endamt eD/mD	Gesamtbesol- dung Endamt eD/mD	Grundbesol- dung Endamt mD/gD	Gesamtbesol- dung Endamt mD/gD	Grundbesol- dung Endamt gD/hD	Gesamtbesol- dung Endamt gD/hD
2011	74,83%	78,28%	66,46%	71,64%	73,31%	74,46%
2021	80,88%*	83,67%	66,03%	71,63%	72,09%	73,78%
Diff.	6,05%	5,39%	-0,43%	-0,01%	-1,22%	-0,68%

* Berücksichtigt A 6 Stufe 9 für einfachen Dienst (eD)

Beide Tabellen zeigen recht deutlich den Weg auf, dass Thüringen langfristig die Abstände in den Anfangsgrundgehältern einsmilzt. Was sich in den Betrachtungen des TFM im Verhältnis zur jeweils unteren Besoldungsgruppe nur minimal aufgezeigt hat, verdeutlicht sich in der Gesamtbetrachtung der jeweiligen Grundbesoldungen zueinander massiv.

Die hier vom tbb vollzogene weitere Betrachtung dient nur der Veranschaulichung der Fehlentwicklungen und nicht der Darstellung der vom BVerfG aufgestellten Parameter. Die gerade angestellte Betrachtung wird aber vom BVerfG im Sinne einer Gesamtbetrachtung durchaus gestattet und dient so einer umfassenden Prozeduralisierung.

Zu bb. Einhaltung des Mindestabstands

(1) Ermittlung des alimentationsrelevanten Grundsicherungsniveaus

Die hier vom TFM erfolgte Berechnung entspricht ohne nachzuvollziehende Begründung nicht der Vorgehensweise des BVerfG. Aufgrund der unterschiedlich angesetzten Werte trotz Verwendung gleicher Daten kommt es zu einer nicht unwesentlichen Differenz des zu errechnenden Abstands zwischen Alimentation und Grundsicherung.

(b) Kosten der Unterkunft

Es gilt weiterhin, dass in unserer vormaligen Stellungnahme (25.03.2021) Gesagte. Die Hinzufügung auf der Seite 29 der aktuellen Gesetzesbegründung beruht hingegen auf einer verkürzten Betrachtung der Rn. 53 der diesbezüglich maßgeblichen bundesverfassungsgerichtlichen Entscheidung 2 BvL 4/18 vom 04.05.2020. Auf der Seite 29 der Gesetzesbegründung wird zunächst berechtigt betont, dass das Bundesverfassungsgericht an der genannten Stelle hervorhebt, dass seine nachfolgenden Ausführungen keine für den Besoldungsgesetzgeber in jeder Einzelheit verbindliche Berechnungsgrundlage darstelle, woraufhin auf der Seite 29 fortgeführt wird: „Vielmehr stünde es ihm frei, dieses mit einer anderen realitätsgerechten Methodik zu bestimmen“. Die Verkürzung liegt nun allerdings in der Unterschlagung dessen begründet, was das Bundesverfassungsgericht als „realitätsgerecht“ bezeichnet. Denn in Rn. 53 fährt es wie folgt fort, ohne dass das auf der Seite 29 der Begründung beachtet oder offensichtlich im Schreiben vom 04.04.2021 auf der Seite 4 in seinem inhaltlichen Gehalt erfasst wird: Den Besoldungsgesetzgeber „trifft jedoch die Pflicht, die ihm zu Gebote stehenden Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich der Höhe der Grundsicherungsleistungen auszuschöpfen, um die Entwicklung der Lebensverhältnisse zu beobachten und die Höhe der Besoldung an diese Entwicklung kontinuierlich im gebotenen Umfang anzupassen (vgl. BVerfGE 117, 330 <355>; 130, 263 <302>; 137, 34 <76 Rn. 85>; 146, 164 <197 Rn. 85>)“.

Das Zitat weist den Gesetzgeber hier in durchgehend bestimmten Rechtsbegriffen auf seine ihn von daher unumstößlich bindende Pflicht hin, die ihm zu Gebote stehenden Erkenntnismöglichkeiten hinsichtlich der Höhe der Grundsicherungsleistungen nicht nur auszuschöpfen, also dessen Höhe bis auf den Grund vollständig offenzulegen, sondern zugleich die Entwicklung der Lebensverhältnisse zu beobachten, sie insofern genau zu beachten, um so die Höhe der Besoldung stetig und verhältnismäßig an diese genau zu beachtenden Veränderungen der Lebensverhältnisse anzupassen; erst dann, so ist zu folgern, kann ein Ergebnis als realitätsgerecht begriffen werden. Hierbei kann zugleich die aktuelle Rechtsprechung des Bundessozialgerichts nicht außer Acht gelassen werden, das in seiner Entscheidung vom 03.09.2020 – B 14 AS 37/19 R – darauf hinweist, dass die Summe aus Kaltmiete und Betriebskosten nur dann einen zutreffend gebildeten abstrakten Angemessenheitswert darstellen könne, wenn in Betracht kommender Wohnraum zu diesem Preis auch tatsächlich in nennenswerter Zahl auf dem Markt allgemein zugänglich angeboten werde, wobei für die generelle Verfügbarkeit von Wohnungen die Summe aus Nettokaltmiete und Betriebskosten Prüfungsmaßstab sei (Rn. 29 i. V. m. Rn. 32).

Darüber hinaus verweisen wir zu korrekter Lesart der betreffenden BfA-Statistik auch noch auf die Vorlagebeschlüsse des VG Hamburg vom 29.09.2020 – 20 K 7506/17 –, Rn. 84 ff. und OVG Schleswig-Holstein – 2 LB 93/18 – Rn. [die Schriftform liegt noch nicht vor, wird aber hoffentlich in nächster Zeit erscheinen; auch dort wird die Lesart bestätigt werden]. Falls auch das vom TFM nicht oder allenfalls bestenfalls nur instrumentell zur Kenntnis genommen werden möchte, empfehlen wir eine kurze Rückfrage an das Bundesverfassungsgericht, die unsere Lesart bestätigen wird. Die bei der Bemessung des Grundsicherungs-niveaus fehlenden Heizkosten sind im Sinne unserer vormaligen Darlegungen mit einzubeziehen.

Die hierzu vom TFM gemachte Kritik an der Berechnung des tbb überzeugt insoweit nicht. Der tbb hält sich weiterhin an die Berechnungsmethode des BVerfG insoweit, als dass dieses bei seiner Betrachtung bezüglich der Wohn- und Nebenkosten auf regionalisierte Werte der Bundesagentur für Arbeit (BfA) zurückgegriffen hat; bei den Heizkosten jedoch bundeseinheitliche Werte zugrunde zu legen sind, da Grundsicherungsleistungen ebenfalls bundeseinheitlich gewährt werden.

Es wurden vom TFM die gleichen Datensätze verwendet, welche das Bundesverfassungsgericht von der BfA abgefordert hat.

Bei der Betrachtung der Unterkunftskosten wurden vom TFM jedoch trotz unserem Hinweis auf die anders lautende Berechnung des BVerfG nicht die Werte verwendet, welche das BVerfG ansetzte („95%-Perzentil: laufende Unterkunftskosten“ + „95%-Perzentil: laufende Betriebskosten“ + „[Heizkosten nach Heizspiegel](#)“) sondern ein Wert isoliert herausgegriffen („95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt“). Begründet wurde dies allein mit dem Hinweis, dass das BVerfG hier Spielraum dem Gesetzgeber gelassen hätte, eine Berechnungsmethode zu wählen.

Hier wird jedoch seitens des TFM nicht eine Berechnungsmethode gewählt, sondern ein anderer Wert innerhalb der vom BVerfG angesetzten Berechnungsmethode gewählt. Die Anwendung einer anderen Berechnungsmethodik wäre generell möglich, wenn sie zugleich plausibel und realitätsgerecht wäre (vgl. BVerfG, Beschl. v. 4.5.2020, 2 BvL 4/18, juris Rn. 141). Wie bereits kritisiert, stellt die Auswahl anderer Werte jedoch nicht die Wahl einer Berechnungsmethode dar. Zudem ergeben die vom TFM gewählten Werte deutlich niedrigere Zahlen bei der Berechnung der Kosten der Unterkunft.

Zur Verdeutlichung der Unterschiede, die sich daraus ergeben:

	Angaben Bundesagentur für Arbeit (BfA) Kosten pro Monat	2011	2015	2020	Angesetzter Wert bei Berechnung von
16 Thüringen	95%-Perzentil: Kosten für Unterkunft und Heizung insgesamt	700 €	750 €	900 €	TFM
	95%-Perzentil: laufende Kosten für Unterkunft und Heizung	700 €	750 €	900 €	
	95%-Perzentil: laufende Unterkunftskosten	450 €	500 €	550 €	BVerfG
	95%-Perzentil: laufende Heizkosten	200 €	200 €	200 €	
	95%-Perzentil: laufende Betriebskosten	150 €	200 €	250 €	BVerfG
Thüringen	Kosten laut Heizspiegel pro Monat	142 €	166 €	170 €	BVerfG
Gesamtkosten	TFM	700 €	750 €	850 €	TFM*
	BVerfG	742 €	866 €	970 €	BVerfG

	monatliche Differenz zwischen den Berechnungsmethoden	-42 €	-116 €	-120 €	
	jährliche Differenz zwischen den Berechnungsmethoden	-504 €	-1.392 €	-1.435 €	

* Das TFM hat Werte aus 2018 fortgeschrieben. Zwischenzeitlich hat die BfA jedoch die Werte aus 2020 berechnet und aktualisiert

Bei Verwendung der realitätsgerechten Werte der BfA ist nach unserer Auffassung auch die Vorgehensweise des BVerfG anzuwenden. Die methodische Herangehensweise des BVerfG wird von diesem im Urteil dargestellt und begründet (- 2 BvL 4/18 – Rn. 62, 63; juris → Hervorhebung vom Verfasser):

„... Nach der Rechtsprechung des Bundessozialgerichts können dem bundesweiten Heizspiegel, der jährlich nach Energieträger und Größe der Wohnanlage gestaffelte Vergleichswerte ausweist, Richtwerte entnommen werden. Nur wenn die Heizkosten das Produkt aus der angemessenen Wohnfläche und dem Höchstwert des Heizspiegels übersteigen, besteht Anlass dazu, die Aufwendungen konkret auf ihre Angemessenheit hin zu überprüfen (vgl. BSG, Urteil vom 20. August 2009 - B 14 AS 41/08 R -, juris, Rn. 30; Urteil vom 12. Juni 2013 - B 14 AS 60/12 R -, juris, Rn.22). Die Berechnungen des Bundesverwaltungsgerichts beruhen auf diesen Vorgaben und können deshalb als realitätsgerechter Ansatz übernommen werden. Dass dabei auf bundeseinheitliche Werte des Heizspiegels abgestellt wird, steht nicht im Widerspruch zur Föderalisierung des Besoldungsrechts, weil das Grundsicherungsrecht insofern keine Regionalisierung vorsieht.“

Insoweit wurde vom Bundesverfassungsgericht bei den Unterkunftskosten und Betriebskosten auf die regionalisierten Darstellungen der Bundesagentur für Arbeit abgestellt; für die Heizkosten hingegen auf die bundeseinheitlichen Werte des Heizspiegels zurückgegriffen. Für Thüringen bedeutet das: Da mit Ausnahme der Landeshauptstadt Erfurt offensichtlich keine weitere Thüringer Kommune einen qualifizierten Heizspiegel erstellt hat (vgl. <https://www.heizspiegel.de/heizkosten-pruefen/kommunaler-heizspiegel/kommunaler-heizspiegel-deutschlandkarte/>), ist auf die bundeseinheitlichen Werte des Heizspiegels abzustellen (vgl. in der BVerfG-Entscheidung Rn. 62 f.) und nicht auf die regionalisierten Darstellungen der Bundesagentur für Arbeit.

Die vom TFM vorgenommene Berechnung weicht trotz gleicher Datengrundlage ohne nähere Begründung hierzu ab und führt zu geringeren Werten, die wiederum die Berechnungen zum Abstand zur Grundsicherung im Ergebnis negativ beeinflussen.

TFM Rechnung nach GE			Grundsicherungsbedarf			TFM Rechnung	
	monatlich	jährlich		monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Grundgehalt	2.471,99 €	29.663,88 €	Regelbedarf Ehepaar *	802,00 €	9.624,00 €	802,00 €	9.624,00 €
Familienzuschlag verheiratet	156,01 €	1.872,12 €					
Zuschlag Kind 1	211,29 €	2.535,48 €	Kind 1 (unter 6 J.)	629,11 €	7.549,32 €	629,11 €	7.549,32 €
Zuschlag Kind 2	403,74 €	4.844,88 €	Kind 2 (über 6 J.)				
Allgemeine Zulage	51,19 €	614,28 €	Kosten für Unterkunft und Heizung (Ehepaar, 2 Kinder)	800,00 €	9.600,00 €	850,00 €	10.200,00 €

			Heizkosten zzgl. CO2 Aufschlag(Ehepaar, 2 Kinder), 90qm, 22,61€ pro m²	169,58 €	2.034,96 €		0,00 €
			Bedarfe für Bildung und Teilhabe (2 Kinder) - Anteil BVerfG	145,82 €	1.749,84 €	145,82 €	1.749,84 €
			Kinderbetreuungskosten	81,26 €	975,12 €	81,26 €	975,12 €
			Kinderbonus (150 € pro Kind)		Nicht angesetzt, da nur für 2020 gezahlt		300,00 €
			Sozialtarife	10,90 €	130,80 €	10,90 €	130,80 €
			GEZ Befreiung	17,50 €	210,00 €	17,50 €	210,00 €
Brutto	3.294,22 €	39.530,64 €					
Steuerlicher Abzug (Lohnsteuerklasse III)	-177,00 €	-2.124,00 €					
zzgl. Kindergeld (2 Kinder)	438,00 €	5.256,00 €					
Kosten Private Kranken- und Pflegeversicherung	-604,50 €	-7.254,00 €					
Verfügbares Netto	2.950,72 €	35.408,64 €	Grundsicherung	2.656,17 €	31.874,04 €	2.536,59 €	30.739,08 €

tbb **TFM Rechnung**

Besoldungsniveau im Verhältnis zu Grundsicherung	IST	111,09%	115,19%
	Soll	115%	115%
	Diff.	-3,91%	0,19%

An der Tabelle sieht man recht deutlich, dass bei gleichen Ausgangswerten in der Besoldung allein aufgrund der Verwendung anderer Werte (hier blau markiert) bei Unterkunft und Heizung im Bereich Grundsicherung es am Ende zu Abweichungen beim Abstand von 115% zur Grundsicherung kommt. **Nach Ansicht des tbb reichen daher die aktuellen Erhöhungswerte nicht aus. Auch die Berechnungen des TFM ergeben hier nur einen „Puffer“ zum Besoldungsrechtlichen Mindestmaß von 0,19%. Jede auch nur winzige Veränderung in der Grundsicherung würde sofort zu einer Unterschreitung der Mindestalimentation in Thüringen führen.**

(c) Kosten für Bildung und Teilhabe

-IT Kosten für Kinder

Die Begründung des TFM, dass es hierzu nur eine Entscheidung des Landessozialgerichtes Thüringen im einstweiligen Rechtsschutzverfahren gäbe und es insoweit auch keiner Berücksichtigung der dort genannten Erhebungsbeträge von 500 EUR bei der Berechnung des in der Grundsicherung enthaltenen Bedarfs für Bildung und Teilhabe (BuT) für Kinder im Gesetzentwurf bedurfte, ist grundsätzlich nachvollziehbar.

Keine Beachtung durch das TFM fand eine fachliche Weisung der Bundesagentur für Arbeit hierzu, welche für alle Gliederungseinheiten verbindlich ist. Der hiernach zugrunde zu legende Erhöhungsbetrag wäre im BuT mit 350 EUR anzugeben und daher wie coronabedingte Kinderzuschläge o.ä. zu berücksichtigen (Fachliche Weisung der Bundesagentur für Arbeit vom 01.02.2021 unter der lfd. Nr. 202102001 und Landessozialgericht TH v. 08.01.2021 - 9 AS 862/20 B ER -; juris).

TFM Rechnung nach GE			Grundsicherungsbedarf			TFM Rechnung	
	monatlich	jährlich		monatlich	jährlich	monatlich	jährlich
Grundgehalt	2.471,99 €	29.663,88 €	Regelbedarf Ehepaar *	802,00 €	9.624,00 €	802,00 €	9.624,00 €
Familienzuschlag verheiratet	156,01 €	1.872,12 €					
Zuschlag Kind 1	211,29 €	2.535,48 €	Kind 1 (unter 6 J.)	629,11 €	7.549,32 €	629,11 €	7.549,32 €
Zuschlag Kind 2	403,74 €	4.844,88 €	Kind 2 (über 6 J.)				
Allgemeine Zulage	51,19 €	614,28 €	Kosten für Unterkunft und Heizung (Ehepaar, 2 Kinder)	800,00 €	9.600,00 €	850,00 €	10.200,00 €
			Heizkosten zzgl. CO2 Aufschlag (Ehepaar, 2 Kinder), 90qm, 22,61€ pro m²	169,58 €	2.034,96 €		0,00 €
			Bedarfe für Bildung und Teilhabe (2 Kinder) - Anteil BVerfG	145,82 €	1.749,84 €	145,82 €	1.749,84 €
			Kinderbetreuungskosten	81,26 €	975,12 €	81,26 €	975,12 €
			Kinderbonus (150 € pro Kind)				300,00 €
			Sozialtarife	10,90 €	130,80 €	10,90 €	130,80 €
			GEZ Befreiung	17,50 €	210,00 €	17,50 €	210,00 €
Brutto	3.294,22 €	39.530,64 €	IT Technik, 350€ alle 5 Jahre, beide Kinder nutzen 1 Technik	4,86 €	58,33 €		58,33 €
Steuerlicher Abzug (Lohnsteuerklasse III)	-177,00 €	-2.124,00 €					
zzgl. Kindergeld (2 Kinder)	438,00 €	5.256,00 €					
Kosten Private Kranken- und Pflegeversicherung	-604,50 €	-7.254,00 €					
Verfügbares Netto	2.950,72 €	35.408,64 €	Grundsicherung	2.661,03 €	31.932,37 €	2.536,59 €	30.797,41 €

tbb TFM Rechnung

Besoldungs-niveau im Verhältnis zu Grundsicherung	IST	110,89%	114,97%
	Soll	115%	115%
	Diff.	-4,11%	-0,03%

Der fehlende Ansatz dieser Kosten führt wiederum zu einer Abweichung zu Lasten der Berechnung des Abstandsgebots zur Grundsicherung. Daher müssten die Berechnungen im Gesetzentwurf auch diesbezüglich verändert werden. Dieser Punkt

zeigt jedoch auch auf, wie anfällig das vom TFM gewählte System der spitzgerechneten Werte ist.

- Vergleich mit der Privatwirtschaft

Auch einem Vergleich mit den durchschnittlichen Bruttoverdiensten sozial-versicherungspflichtiger Beschäftigter mit vergleichbarer Qualifikation und Verantwortung in der Privatwirtschaft hält die Thüringer Besoldung im Hinblick auf ihre Konkurrenzfähigkeit zur Privatwirtschaft nicht stand.

Die für eine solche Betrachtung in Frage kommenden Vergleichsparameter lassen sich der BVerfGE - 2 BvL 4/18 – u.a. wie folgt entnehmen (Rn. 81; juris):

„Eine Verengung des Blicks ausschließlich auf die wirtschaftliche und finanzielle Situation des betreffenden Landes verlöre aus dem Auge, dass im föderalen System des Grundgesetzes die optimale Erledigung der eigenen Aufgaben bei gleichzeitig begrenzten personellen Ressourcen durch den Wettbewerb mit anderen Dienstherren bestimmt wird. Insoweit ist neben dem ebenfalls bundesweiten Vergleich mit der Privatwirtschaft der Vergleich mit den Konditionen des Staatsdienstes und der Besoldung im Dienste des Bundes und anderer Länder aussagekräftig (vgl. BVerfGE 139, 64 ; 140, 240).“

Eine solche Betrachtung wurde auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2018 des Bundesamtes für Statistik vorgenommen. Beamtenbesoldungen sind grundsätzlich mit Bruttoverdiensten sozialversicherungspflichtig Beschäftigter nicht gut vergleichbar, weil Beamte zum einen keinen Abzügen für die gesetzliche Sozialversicherung unterliegen und in der Folge mehr Netto vom Brutto haben sowie zum anderen Krankenversicherungsbeiträge auf eigene Rechnung aus ihrem Netto leisten. Um die Vergleichbarkeit mit den Verdiensten in der Privatwirtschaft wiederherzustellen, wurden von den in der Verdienststrukturerhebung empirisch erhobenen Bruttomonatsverdiensten die Sozialversicherungsbeiträge abgezogen. Bei den betrachteten Besoldungen wurde vom Grundgehalt ein Beitrag für die Krankenversicherung abgezogen.

Auf der einen Seite wurde die Alimentation von Finanzbeamten mit der Besoldungsgruppe A10 und A13 mit den Verdiensten aus vergleichbaren Berufsgruppen aus der Privatwirtschaft verglichen. Die Vergleichsgruppe war für die Finanzbeamten die Leistungsgruppe 2¹ (BVerfGE v. 5. Mai 2015 – 2 BvL 2 17/09 – zur R-Besoldung sowie v. 17. November 2015 – 2 BvL 19/09 – zur A-Besoldung).

Für Finanzbeamte mit der Besoldungsgruppen A10 und A13 ergibt sich Folgendes Bild:

Jahr ¹	Jahresverdienst Privatwirtschaft ²		Jahresverdienst Finanzbeamter A10 in EUR ³	
	arithmetisches Mittel in EUR	Median in EUR	arithmetisches Mittel in EUR	Abweichung in %
2018				
	60.805	56.210	36.447	-40

¹ Definition der Leistungsgruppe 2: Arbeitnehmer mit sehr schwierigen bis komplexen oder vielgestaltigen Tätigkeiten, für die i. d. R. nicht nur eine abgeschlossene Berufsausbildung, sondern darüber hinaus mehrjährige Berufserfahrung und spezielle Fachkenntnisse erforderlich sind. Die Tätigkeiten werden überwiegend selbständig ausgeführt. Dazu gehören auch Arbeitnehmer, die in kleinen Verantwortungsbereichen gegenüber anderen Mitarbeitern Dispositions- und Führungsaufgaben wahrnehmen (z. B. Vorarbeiter, Meister).

1) Letzte Verdienststrukturerhebung 2018 von destatis (erfolgt nur alle vier Jahre)

2) Ermittelt aus Abschnitt K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen);

Bruttojahresverdienst ist die Summe des im Kalenderjahr gezahlten Gesamtbruttoentgelts gemäß gemäß Entgeltbescheinigungsverordnung (EBV) § 1 Absatz 2 Nummer 2 c) abzüglich Anteil aus Sozialversicherungsbeträgen in Höhe von 19,625 v. H.; Leistungsgruppe 2

3) Das arithmetische Mittel der Besoldungsgruppe wurde über aller Erfahrungsstufen abzüglich der PKV (2018) gebildet. Nur Grundgehalt.

Jahr ¹	Jahresverdienst Privatwirtschaft ²		Jahresverdienst Finanzbeamter A13 in EUR ³	
	arithmetisches Mittel in EUR	Median in EUR	arithmetisches Mittel in EUR	Abweichung in %
2018				
	60.805	56.210	52.271	-14

1) Letzte Verdienststrukturerhebung 2018 von destatis (erfolgt nur alle vier Jahre)

2) Ermittelt aus Abschnitt K (Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen);

Bruttojahresverdienst ist die Summe des im Kalenderjahr gezahlten Gesamtbruttoentgelts gemäß gemäß Entgeltbescheinigungsverordnung (EBV) § 1 Absatz 2 Nummer 2 c) abzüglich Anteil aus Sozialversicherungsbeträgen in Höhe von 19,625 v. H.; Leistungsgruppe 2

3) Das arithmetische Mittel der Besoldungsgruppe wurde über aller Erfahrungsstufen abzüglich der PKV (2018) gebildet. Nur Grundgehalt.

Es bleibt festzustellen, dass das durchschnittliche Besoldungsniveau von Finanzbeamten in Thüringen in keiner der verglichenen Besoldungsgruppe das durchschnittliche Verdienstniveau von vergleichbaren sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern in der Privatwirtschaft erreicht (hat); dies nicht einmal in der Besoldungsgruppe A13 als Endamt für die Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes. Das arithmetische Mittel würde hier erst in der Erfahrungsstufe 12 (nach 28 Jahren Dienstzeit) knapp erreicht und der Medianwert dann leicht überschritten.

Sonstige Ergänzungen:

Um künftig sicherzustellen, dass die Besoldung den vom BVerfG vorgegebenen Parametern genügt, schlägt der tbb die Aufnahme einer Evaluierungsklausel vor:

Demnach wäre § 14 wie folgt zu fassen:

„§ 14

Anpassung der Besoldung, Unterrichtungsklausel

(1) *Die Besoldung wird entsprechend der Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse und unter Berücksichtigung der mit den Dienstaufgaben verbundenen Verantwortung durch Gesetz regelmäßig angepasst.*

(2) *Mit der ersten Anpassung der Besoldung in diesem Gesetz, welche auf das Gesetz zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Alimentation folgt, wird spätestens bis zum 31.12.2022 die in dem Gesetz begonnene Umsetzung der verfassungsgemäßen amtsangemessenen Alimentation fortgeschrieben. Bei der Fortschreibung sind in Ergänzung zu den bereits vorgenommenen Anpassungen insbesondere die mit den Dienstaufgaben verbundene Verantwortung sowie die gleichmäßige Beachtung aller Beamten, unabhängig von dem Anspruch auf familienbezogene Zuschläge, zu berücksichtigen.*

(3) *Das für das Besoldungsrecht zuständige Ministerium ermittelt jährlich für das vorangegangene Jahr, ob die Voraussetzungen einer verfassungskonformen Besoldung im Vergleich zur Entwicklung der allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nach Absatz 1 sowie das Abstandsgebot zur Grundsicherung für die niedrigste Besoldungsgruppe der A-Besoldung in der ersten Erfahrungsstufe und bei einer vierköpfigen Eckwertfamilie noch vorliegen. Die Landesregierung unterrichtet den Landtag über das Ergebnis nach Satz 1 und passt bei einem Nichtvorliegen der dort genannten Voraussetzungen das Besoldungsgesetz in der jeweils geltenden Fassung rückwirkend zum 01.01. des vorangegangenen Jahres an. Für die Gewährung etwaiger Nachzahlungen ist die vorherige Einlegung eines statthaften Rechtsbehelfes entbehrlich.*

Begründung

Absatz 1 entspricht der bisherigen Fassung

Mit Absatz 2 wird gewährleistet, dass bei einer künftigen Anpassung der besoldungsrechtlichen Regelungen, das Gesamtgefüge der Besoldung nach den Vorgaben des BVerfG geprüft und neu strukturiert wird.

Mit Absatz 3 wird den für den Besoldungsgesetzgeber aus dem Prozeduralisierungsgebot geltenden Prüf- und Begründungspflichten Rechnung getragen. Da die Prüfung im Hinblick auf die Einhaltung der Besoldung im Vergleich zu den allgemeinen wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnissen sowie dem Abstandsgebot zur Grundsicherung nur rückblickend erfolgen kann, ist auf das vorangegangene Jahr abzustellen. Eine Anpassungspflicht der besoldungsrechtlichen Regelungen nach Satz 2 ergibt sich immer dann, wenn sich bei der rückblickenden und an den Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes vom 4. Mai 2020 – 2 BvL 4/18 sowie 2 BvL 6/17 u.a. – orientierte Prüfung eine Verletzung der in der ersten und zweiten Prüfstufe genannten Vergleichsparameter in verfassungswidriger Weise ergibt. Für diesen Fall sieht Satz 3 eine rückwirkende Behebung des festgestellten Verfassungsverstößes vor ohne dass es hierzu eines statthaften Rechtsbehelfs der jeweiligen Besoldungsempfänger bedarf. Anderenfalls wären diese verpflichtet jedes Jahr zunächst ihrer Besoldungsfestsetzung zu widersprechen. Eine solche Verfahrensweise würde weder dem Grundsatz gegenseitigen Dienst- und Treupflicht auf der einen und der Gewährung einer verfassungskonformen Alimentation auf der anderen Seite entsprechen. Zudem würden hierüber unnötige Verwaltungskraft gebunden.

Gem. § 95 Abs. 4 ThürBG verlangt der tbb, dass die Vorschläge, die in dem Gesetzentwurf der Landesregierung keine Berücksichtigung finden, mit Begründung und einer Stellungnahme der Landesregierung dem Landtag zugeleitet werden.

Freundliche Grüße